



OSNABRÜCK
JEAN MONNET CENTRE
OF EXCELLENCE IN EUROPEAN STUDIES



Katrin Meyer

Die Auswirkungen der Eurokrise auf die
öffentliche Meinung zur europäischen
Integration in Italien

Osnabrück JMCE Award Series Nr. 11 (2014)

Award Series

Osnabrück JMCE Award Series Nr. 11 (2014)

Herausgegeben für das Osnabrück JMCE von

Stefanie Stasche, LL.M.

Diese Arbeit wurde ausgezeichnet mit dem JMCE Award 2014 für die beste Bachelorarbeit verliehen am 08. Juli 2014.

Jurymitglieder:

Prof. Dr. Thomas Groß

Prof. Dr. Ingeborg Tömmel

© Osnabrück JMCE
Universität Osnabrück
Seminarstr. 33
49069 Osnabrück

JMCE Award Series online unter: <http://repositorium.ub.uni-osnabrueck.de/>

Zitierweise:

Meyer, Katrin (2014) „Die Auswirkungen der Eurokrise auf die öffentliche Meinung zur europäischen Integration in Italien“, Osnabrück JMCE Award Series Nr. 11 (2014).

September 2014

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	4
1. Einleitung	5
2. Die öffentliche Meinung im Integrationsprozess	7
2.1 Politisierung der Öffentlichkeit	7
2.2 Einordnung euroskeptischer Haltungen	9
2.3 Motivationen für die Haltungen der Bürger zur Europäischen Union	11
2.3.1 Ökonomische Ansätze	12
2.3.2 Nicht-ökonomische Ansätze	13
2.4 Zwischenfazit.....	15
3. Italien und die öffentliche Meinung zur Integration: ein historischer Überblick.	17
3.1 Gründungsphase: 40er und 50er.....	17
3.2 Die langen Jahre des „permissive consensus“	19
3.3 Große Umbrüche in den 90er Jahren	20
4. Einfluss der Eurokrise	23
4.1 Ursachen und Verlauf der italienischen Staatsschuldenkrise	23
4.2 Haltung der Italiener zur EU seit 2008	26
4.3 Auswirkungen der Krise auf erklärende Faktoren für die Haltung zur EU.....	27
4.2.1 H ₁ : Ökonomische Faktoren.....	28
4.2.2 H ₂ : Nationale und europäische Identität	30
4.2.3 H ₃ :Vertrauen in politische Institutionen	32
5. Schlussfolgerungen und Ausblick	36
Abbildungsverzeichnis	38
Literatur- und Quellenverzeichnis	39
Anhang	49

Abkürzungsverzeichnis

APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
DC	Democrazia Cristiana
EB	Eurobarometer
EG	Europäische Gemeinschaft
EP	Europäisches Parlament
EU	Europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWU	Europäische Währungsunion
EZB	Europäische Zentralbank
PCI	Partito Comunista Italiana
PSI	Partito Socialista Italiana

1. Einleitung

Die seit 2010 andauernde europäische Staatsschuldenkrise ist die schwerste Krise, die die Europäische Union und ihre Vorgängerorganisationen seit ihrer Gründung 1957 erfahren haben. In den vergangenen vier Jahren kämpften die europäischen Institutionen sowie die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten um den Zusammenhalt der Währungsunion und eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation in den besonders stark betroffenen Staaten Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien. Neben den wirtschaftlichen Schwierigkeiten wurden diese Länder auch von politischen Krisen erfasst: In jedem dieser Staaten, die gemeinhin auch als „PIIGS-Staaten“ zusammengefasst werden, kam es aufgrund der Krise zu außerordentlichen Regierungswechseln, entweder durch Rücktritt der amtierenden Regierung oder vorgezogene Neuwahlen. Die Wähler entzogen den politischen Eliten, denen die Verantwortung für die wirtschaftliche Situation und die steigende finanzielle Belastung der Bürger durch eine forcierte Austeritätspolitik gegeben wurde, das Vertrauen. Doch nicht nur die nationalen politischen Akteure wurden abgestraft, auch das Ansehen der Europäischen Union sank erheblich: 2009 besaß noch fast die Hälfte der europäischen Bürger ein positives Bild von der EU (48%) (Eurobarometer 72)¹. Kurz darauf richtete sich die allgemeine europäische Aufmerksamkeit auf die Probleme in Griechenland. Nach vier Krisenjahren – geprägt durch Rettungspakete, Sparmaßnahmen, Schuldenschnitte und unzählige Krisengipfel – lag der Wert im Frühjahr 2013 nur noch bei 30% (EB 79). Besonders dramatisch erscheint diese Entwicklung bei einem Blick auf Italien: Hier sank das positive Ansehen der EU im Zeitraum zwischen 2009 und 2013 von 58% auf 32% (EB 72; EB 79). Ebenso sank das traditionell hohe Vertrauen der Italiener in die Europäische Union im Krisenzeitraum von 52% auf 25% (ebd.). Die Bewertung der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes – der klassische Indikator zur Einschätzung der Haltung eines Bürgers zur EU – fiel 2012 bei 40% der Italienern positiv aus („Die Mitgliedschaft ist eine gute Sache“) (Pew Research Center 2012). Dieser Wert mag im Vergleich zu den Ansehens- und Vertrauensäußerungen noch relativ stabil erscheinen, in einer weiteren Perspektive über die letzten Jahrzehnte hinweg wird jedoch deutlich, wie sehr sich die Haltung der Italiener zur EU verändert hat. Seit Beginn der 90er Jahre erfährt die in Italien vergleichsweise traditionell sehr hohe Netto-Zustimmung² zur Mitgliedschaft in der EU einen kontinuierlichen Abwärtstrend und liegt inzwischen unterhalb des EU-weiten Durchschnittswerts. Der in den 70er und in der ersten Hälfte der 80er Jahre das Bild zur EU bestimmende gesellschaftliche Konsens über die Zustimmung zur Mitgliedschaft Italiens in der EU erodiert seit nunmehr über 20 Jahren. Welche Rolle spielt nun die Krise des Eu-

1 Die angeführten Eurobarometer-Umfragen werden im Folgenden mit EB abgekürzt.

2 Die Netto-Zustimmung ergibt sich aus der Differenz der positiven und negativen Antworten auf die seit 1973 in den Eurobarometer-Umfragen gestellte Frage, ob die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft/Europäischen Union eine gute oder eine schlechte Sache sei. Die Frage wurde zum letzten Mal (Stand: EB 80) im Jahr 2011 (EB 75) in die Umfragen aufgenommen. Einen vergleichbaren Wert liefert die Umfrage „Global Attitudes Project“ des Pew Research Center aus dem Jahr 2012, die die gleiche Frage beinhaltet.

roriums mit ihren Auswirkungen auf die italienische Wirtschaft und Gesellschaft in diesem langfristigen Abwärtstrend?

Die vorliegende Arbeit widmet sich dieser Frage und soll klären, ob und inwiefern die Eurokrise die Haltung der Italiener zur EU in den letzten Jahren beeinflusst hat.

Dabei wird zunächst in Kapitel 2 der seit Beginn der 90er Jahre in diesem Zusammenhang in der Literatur gebrauchte Begriff des „Euroskeptizismus“ erläutert. Danach erfolgt ein Überblick über die bereits in der Forschung herausgearbeiteten Motivationen, die der Haltung eines Bürgers zur EU zu Grunde liegen können.

Kapitel 3 bietet anschließend einen Abriss über die Entwicklung der öffentlichen Meinung zur EU in Italien und der Rolle Italiens in den europäischen Gemeinschaften seit Beginn der 1950er Jahre, mit dem Ziel, die Auswirkungen der Eurokrise in einen längerfristigen Kontext setzen zu können. In Kapitel 4 erfolgt dann nach einem kurzen Überblick über die Ursachen, den Verlauf, sowie die Auswirkungen der europäischen Staatsschuldenkrise auf die italienische Wirtschaft, die Analyse der öffentlichen Haltung zur EU in Italien seit 2008. Anschließend werden die drei Hypothesen der Arbeit überprüft: Hypothese H_1 geht von einer Belastung der Haltung zur EU durch eine verstärkte negative Wahrnehmung der ökonomischen Lage aus, während die zweite Hypothese einen negativen Einfluss auf die öffentliche Haltung durch eine gesteigerte exklusive nationale Identität im Rahmen der Krise annimmt. Drittens wird angenommen, dass das gesunkene Vertrauen in das politische System bzw. die politischen Institutionen die Wahrnehmung belasten. Zur Prüfung dieser Annahmen werden die Entwicklungen und möglichen Veränderungen dieser drei Motivationen (ökonomische Faktoren, nationale Identität, Vertrauen in Institutionen) von Beginn der Krise bis 2013 durch eine Analyse der Eurobarometer-Daten betrachtet und in einer Regressionsanalyse auf ihre Erklärungskraft für die Wahrnehmung der aktuellen Entwicklung der EU hin geprüft.

2. Die öffentliche Meinung im Integrationsprozess

2.1 Politisierung der Öffentlichkeit

Die Wahrnehmung des europäischen Integrationsprozesses durch die Bürger der Mitgliedstaaten hat sich seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in den 1950er Jahren stark gewandelt. Die Zusammenarbeit der sechs Gründungsstaaten nach Ende des Zweiten Weltkriegs erfolgte als ein von den nationalen Eliten durchgeführtes Projekt. Sowohl wirtschaftliche Interessengruppen als auch die politischen Eliten der Länder strebten die ökonomische Kooperation zwischen den europäischen Staaten an und trieben diese voran. In der jeweiligen nationalen politischen Öffentlichkeit spielte die EWG dagegen in dieser Anfangsphase kaum eine Rolle; die Bevölkerungen der Mitgliedstaaten besaßen weder ein fundiertes Wissen über das Integrationsprojekt, noch konnten sie die Auswirkungen auf ihr persönliches Leben damit in Verbindung bringen (Lelieveldt 2011: 109; Smismans 2013: 342). Lindberg und Scheingold prägten 1970 den Begriff „permissive consensus“, um diese Haltung zu beschreiben (Lindberg/Scheingold 1970: 41). Demnach bestand in den Mitgliedstaaten ein gesellschaftlicher Konsens über die Unterstützung der Zusammenarbeit, ohne dass das Thema politisiert oder öffentliche Diskussionen darüber geführt wurden. Auch die Forschung maß der öffentlichen Meinung wenig Bedeutung für den Integrationsprozess bei. Wie Haas darlegte, müsse man sich nur auf die Eliten konzentrieren, da diese allein das Projekt vorantrieben und aktiv involviert seien (Haas 2004 [1958]: 17). Die weitere wirtschaftliche Integration konnte so bis Mitte der 70er Jahre als Elitenprojekt weitergeführt werden. Erst mit dem Beitritt weiterer Mitgliedstaaten und den Referenden in Großbritannien, Irland und Dänemark, in denen die Bevölkerungen über einen Beitritt in die Gemeinschaft entschieden, erreichte das Projekt eine erhöhte Aufmerksamkeit außerhalb der beteiligten Eliten und musste zum ersten Mal direkt durch die Bürger bestätigt werden. Der gesellschaftliche Konsens über die Unterstützung blieb jedoch auch in den folgenden Jahren vorhanden und erfuhr erst mit den Verhandlungen über den im Jahr 1992 unterzeichneten Vertrag von Maastricht eine grundlegende Erosion (Usherwood/Startin 2013: 2ff.). Wie in Abschnitt 2.2 näher erläutert wird, identifizierte und untersuchte die politikwissenschaftliche Forschung ab Ende der 80er Jahre zunehmend euroskeptische Haltungen in den Bevölkerungen der Mitgliedsländer.

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Netto-Zustimmung zu den Europäischen Gemeinschaften seit Beginn der Eurobarometer-Umfragen im Jahr 1973 im Durchschnitt aller Mitgliedstaaten. Daran wird ein drastischer Abschwung der Unterstützung zu Beginn der 90er Jahre deutlich. Direkt sichtbar wurde diese kritischere Haltung zur Europäischen Gemeinschaft in einer Reihe von Referenden, deren Ausgang zu einer Änderung der Verträge führte, so beispielsweise in Dänemark (1992) und Irland (2001) sowie im Zusammenhang mit dem Verfassungsvertrag, dessen Umsetzung durch die negativen Voten in Frankreich und den Niederlanden scheiterte.

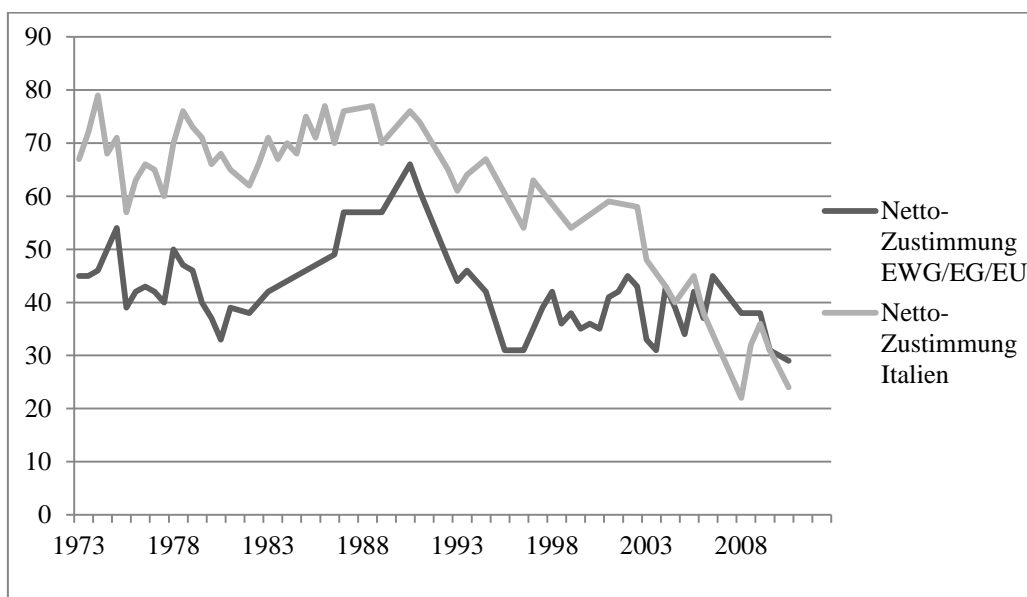


Abbildung 1: Netto-Zustimmung zur EG/EU seit 1973, eigene Darstellung, Quelle: Eurobarometer.

Der im Anschluss daran erarbeitete Vertrag von Lissabon musste ebenso nach einem negativen Referendum in Irland überarbeitet werden, um in Kraft treten zu können (Lelieveldt 2011: 122). Diese Ereignisse deuten an, dass die öffentliche Meinung in der Europäischen Union inzwischen einen weitaus größeren Stellenwert besitzt als noch in den Anfangsjahren. Eichenberg und Dalton gehörten 1993 zu den ersten Wissenschaftlern, die feststellten, dass „it is now equally apparent that public opinion is exercising growing influence on national policymakers and on the institutions of the EC itself“ (Eichenberg/Dalton 1993: 507f.).

Es gibt verschiedene Erklärungsansätze für den Einbruch der öffentlichen Unterstützung Anfang der 90er Jahre.

So erkennt Habermas eine Spannung zwischen den großen Integrationsschritten, die mit dem Vertrag von Maastricht durchgeführt wurden und der demokratischen Ausgestaltung der Gemeinschaft. Die fortschreitende Vergemeinschaftung des Marktes bedeute für den Bürger „an ever greater gap between being affected by something and participating in changing it (Habermas 1995: 267). Einer derart ausgeprägten Integration müsse die Ausbildung eines europäischen Bürgerschaftsgefühls („citizenship“) folgen, um die demokratische Legitimität des Projektes zu gewährleisten und die Bürger ideell an die Gemeinschaft zu binden (ebd.: 270f.).

Hooghe und Marks untersuchten einige Jahre später den tatsächlichen Einfluss der öffentlichen Meinung auf den Integrationsprozess und versuchten diesen entlang der gängigen Integrationstheorien einzuordnen. Da jedoch weder neofunktionalistische noch intergouvernementalistische Sichtweisen die Rolle der öffentlichen Meinung betrachten, beschrieben sie die Entwicklungen seit den 90er Jahren als „postfunktional“. Demnach sei der „permissive consensus“ der Anfangsjahre seit dem Vertrag von Maastricht durch einen „constraining dissensus“ abgelöst worden (Hooghe/Marks 2009: 5). Dieser Dissens sei durch eine erhöhte Politisierung von EU-Themen in der jeweiligen nationalen Öffentlichkeit nach der Ausweitung der EU-Kompetenzen mit dem Vertrag von Maastricht entstan-

den. Die 1992 etablierte Europäische Union erhielt – im Vergleich zur Europäischen Gemeinschaft – weitreichendere politische Kompetenzen und kündigte mit der Einführung einer Währungsunion einen weiteren, in dieser Größe vorher nicht dagewesenen, Integrations-schritt an. Diese Souveränitätsabgaben von nationaler auf die supranationale Ebene wurden ab den 90er Jahren zunehmend zu Diskussionsthemen in nationalen Wahlkämpfen, Medien und Parteidiskursen (ebd.: 7).

Neben der in der Literatur häufig angeführten Erklärung über die Ausweitung europäischer Kompetenzen und der damit vergrößerten Rolle der EU im Alltagsleben der Bürger (Balestrini 2012: 452; Hix/Hoyland 2011: 109), wird auch der Veränderung der geopolitischen Situation in Europa nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine bedeutende Erklärungskraft zugeschrieben. So löste sich mit der „Bedrohung“ durch den Kommunismus auch ein Gründungsargument der europäischen Gemeinschaft auf (Hix/Hoyland 2011: 109).

Auf welche Art und Weise und anhand welcher Parameter die Bürger ihre Haltung zum Integrationsprojekt konkret bilden, soll in Abschnitt 2.3 näher untersucht werden. Zuvor wird in Abschnitt 2.2 die seit den 90er Jahren betriebene Forschung zu den Ausprägungen des Euroskeptizismus zusammengefasst.

2.2 Einordnung euroskeptischer Haltungen

Laut dem Oxford English Dictionary tauchte der Begriff „eurosceptic“ zum ersten Mal in einem Artikel der Times im Jahr 1985 in Bezug auf ein Mitglied der britischen Regierung auf.³ Bis in die 90er Jahre wurde „Euroskeptizismus“ nur im Zusammenhang mit der britischen Haltung gegenüber Europa und dem europäischen Integrationsprozess verwendet. Erst nach Ende des „permissive consensus“ und dem drastischen Rückgang der Netto-Unterstützung durch die Bürger wurde der Begriff auch in Bezug auf andere Staaten genutzt (Harmsen/Spiering 2004: 16f.). Die politikwissenschaftliche Forschung begann sich ab Mitte der 90er Jahre besonders mit parteienbasiertem Euroskeptizismus zu befassen. Einen ersten wichtigen Schritt unternahmen dabei Taggart und Szczerbiak, deren Definition und Einteilung euroskeptischer Haltungen die Grundlage für weitere Arbeiten bildete. Sie unterscheiden skeptische Haltungen gegenüber der EU zwischen „hard“ und „soft“. Während harter Euroskeptizismus durch eine „principled opposition to the project of European integration“ gekennzeichnet sei, beschreibe weicher Euroskeptizismus dagegen die „opposition to the EU’s current or future planned trajectory based on the further extension of competencies that the EU is planning to make“ (Szczerbiak/Taggart 2003: 8).⁴ Euroskeptizismus in Parteien könne also verschieden stark ausgeprägt sein und sich sowohl auf den Grundgedanken der EU beziehen als auch, in der weniger starken Form, auf aktuelle Entwicklungen und Integrations-schritte.

3 Online-Eintrag im Oxford English Dictionary: “Eurosceptic: A person, esp. A politician, having doubts or reservations regarding the supposed benefits of increasing cooperation between the member states of the European Union (and formerly the European Economic Community); an opponent of greater political or economic integration in Europe.”

4 Dies ist eine überarbeitete Version ihrer Definitionen von 1998 und 2000, die Taggart und Szczerbiak als Reaktion auf Kritik an ihren ursprünglichen Arbeiten veröffentlichten.

Diese Einteilung erschien Kopecký und Mudde nicht ausreichend, woraufhin sie ein zweidimensionales Modell für Haltungen von Parteien gegenüber der EU entwickelten (Abbildung 2) (Kopecký/Mudde 2002: 299.). Dieses unterscheidet zwischen diffuser – also der generellen Akzeptanz des Integrationsprojektes – und spezifischer Unterstützung für die praktische politische Ausführung dessen. Je nach Ausprägung ergeben sich aus dieser Unterscheidung vier Idealtypen.

		Support for European integration	
		<i>Europhile</i>	<i>Europhobe</i>
S u p p o r t f o r E U	<i>EU-Optimist</i>	Euroenthusiasts	Europragmatics
	<i>EU-Pessimist</i>	Eurosceptics	Eurorejects

Abbildung 2: Typologie von Parteipositionen gegenüber Europa (Kopecký/Mudde 2002: 303).

Der „euroenthusiast“ ist durch hohe diffuse und auch spezifische Unterstützung gekennzeichnet, wohingegen die anderen drei Parteytypen entweder spezifische oder diffuse euroskeptische Haltungen einnehmen. So unterstützen die „eurosceptic“ Parteien die Union an sich, sind aber unzufrieden mit deren derzeitiger oder geplanten Ausgestaltung. Die „europragmatics“ hingegen sind in ihrer Grundeinstellung europhob, arrangieren sich jedoch mit der gegenwärtigen Situation und ziehen möglicherweise Nutzen aus bestimmten Integrationsschritten und -entwicklungen. Sie bewerten die aktuelle EU-Politik also positiv. Nur die Gruppe der „euro-rejects“ lehnt die Union sowohl als Ganzes als auch in ihrer gegenwärtigen Gestalt ab (ebd.: 300ff.).

Auch weitere Autoren⁵ bieten Vorschläge für eine Einordnung parteienbasierter Haltungen gegenüber der EU. Allen gemein ist die Aussage, dass Euroskeptizismus verschiedene Formen und Grade annehmen sowie aus unterschiedlichen Motivationen heraus entstehen kann. Obwohl sich die hier vorgestellten Schemata auf die Einstellungen von Parteien konzentrieren und die Modelle nicht ohne Weiteres auf die individuelle Ebene

⁵ Vgl. Flood 2002; Rovny 2004.

übertragen werden können, soll im weiteren Verlauf der Arbeit die grobe Unterscheidung zwischen der allgemeinen („hard“, „diffuse“) und aktuellen („soft“, „specific“) Unterstützung beziehungsweise Skepsis gegenüber der EU im Zusammenhang mit der Haltung von einzelnen Bürgern genutzt werden.

Eine Schwierigkeit in der Meinungsforschung besteht jedoch in der Frage der Festigkeit von Haltungen einzelner Bürger. Denn während Parteien sich im Rahmen von Wahlkämpfen und nationalen politischen Debatten mit ihrer eigenen Haltung gegenüber der Europäischen Union auseinandersetzen und sich anhand ihrer Parteiwerte und –programme positionieren, sind viele Bürger unreflektierter und besitzen möglicherweise weniger klare politische Grundeinstellungen (Gaxie 2011: 29ff). Diesen Umstand haben Gaxie et al. in ihrer qualitativen Studie zu Wahrnehmungen Europas berücksichtigt. Ihre Einteilung beinhaltet unter anderem Faktoren wie bisherige persönliche Erfahrungen mit der Union sowie dem Wissen über die Abläufe und Strukturen innerhalb der EU (Gaxie et al. 2011: 63). Das Modell leitet die Einstellungen der Bürger anhand ihrer Nähe beziehungsweise Distanz zur EU ab und entwickelt daraus vier Idealtypen, deren positive oder negative Sichtweisen gegenüber der EU jeweils durch ihre persönlichen Erfahrungen und Lebensumstände geprägt sind. Die Ergebnisse dieser qualitativen Studie können zwar aufgrund der relativ geringen Anzahl an Befragungen nicht als repräsentativ angesehen werden, bieten jedoch eine alternative Methode zu denen der parteibasierten Forschung und einen Ansatz, der dazu dient, Bürger in Bezug auf ihren Standpunkt gegenüber der EU zu verorten.

2.3 Motivationen für die Haltungen der Bürger zur Europäischen Union

Die Verortung einer Haltung zur EU sagt noch nichts über die Gründe für eine positive oder negative Ausprägung aus. Zur Klärung dieser Frage soll im Folgenden ein Überblick über die in der Forschung gängigen Theorien zu den Ursachen der Meinungsbildung zur EU gegeben werden.

In der Literatur besteht kein Konsens in dieser Angelegenheit, im Gegenteil: „It is not so much that there are no explanations as that there are too many“ (Eichenberg/Dalton 2007: 139).

So untersucht der traditionelle utilitaristische Ansatz die Haltung der Bürger durch eine Analyse ihrer sozioökonomischen Situation. Die These der kognitiven Mobilisierung argumentiert dagegen nicht aus einer ökonomischen, sondern aus einer sich auf den Grad politischen Wissens und sozialer Vernetztheit basierenden Perspektive. Weitere Ansätze beziehen sich auf die Rolle des Identitätsgefühls eines Bürgers, das die Haltung zu einer supranationalen Organisation maßgeblich beeinflusst, sowie auf nationale politische Kontexte, Traditionen und Parteipositionen (Hooghe/Marks 2005: 420; Serricchio 2012: 131; Tiemann et al. 2011: 30ff).

2.3.1 Ökonomische Ansätze

In den 90er Jahren lag der Schwerpunkt der Forschung auf Theorien, die die sozioökonomischen Interessen der Bürger in den Vordergrund stellen und sie als Motivation für die Einstellung gegenüber der EU darlegen. Demnach bewertet der Bürger die EU anhand einer Kosten-Nutzen-Rechnung, indem er die Vor- und Nachteile, die der Integrationsprozess ihm bietet, gegeneinander abwägt. Diese Rechnung kann sowohl auf individueller (egozentrischer) (Gabel 1993; Gabel/Palmer 1995) wie auch auf nationaler (soziotropischer) (Eichenberg/Dalton 1993; 1995) Ebene erfolgen.

Eichenberg und Dalton beschäftigten sich mit der soziotropischen Perspektive, also den Auswirkungen makroökonomischer Faktoren auf die Meinungsbildung eines Bürgers. Laut des „Economic-Voting“-Modells bewerten Bürger ihre Regierungen anhand der wirtschaftlichen Performanz (Lewis-Beck/Stegmaier 2007: 518ff). Sind sie zufrieden mit der ökonomischen Situation beziehungsweise den ökonomischen Aussichten ihrer Nation, sind sie eher dazu bereit, die amtierende Regierung mit ihrer Wählerstimme zu unterstützen. Bei einer negativen Einschätzung der Wirtschaftslage ist diese Wahrscheinlichkeit hingegen sehr gering. Parameter, die die Wahrnehmung der ökonomischen Situation beeinflussen, sind unter anderem das Bruttoinlandsprodukt, die Arbeitslosenquote, die Inflationsrate und die Handelsbilanz des Staates. Laut Eichenberg und Dalton lässt sich das „Economic-Voting“-Modell auch auf die Unterstützung der Bürger zur EU übertragen. Eine positive Einschätzung der Auswirkungen der europäischen Integration auf die Wirtschaftslage ihrer Nation korreliert demnach positiv mit einer unterstützenden Haltung gegenüber der EU (Eichenberg/Dalton 1993: 522). Die aus dieser Erklärung möglicherweise resultierende Annahme, dass Bürger in Nettoempfänger-Staaten generell weniger euroskeptischer sind als in den Staaten, die dem EU-Budget nominell eine höhere Summe hinzufügen, kann empirisch jedoch nicht nachgewiesen werden (ebd.). Dementsprechend kann die utilitaristische Theorie nicht auf die Gleichung *höhere Subventionen = stärkere Unterstützung* vereinfacht werden.

Dieser Schwierigkeit begegnen Gabel bzw. Gabel und Palmer, indem sie die individuelle sozioökonomische Position des Bürgers in den Vordergrund stellen. Demnach richtet sich die Kosten-Nutzen-Rechnung nicht nach den Effekten des Integrationsprozesses auf die nationale Wirtschaft, sondern auf die Situation des Individuums. Die Ausweitung des Binnenmarktes und die damit einhergehende Handelsliberalisierung und erhöhte Kapitalfreiheit können sehr unterschiedliche Auswirkungen auf einzelne Bürger haben und nicht nur in der Union, sondern auch innerhalb einer Nation zu sogenannten Gewinnern und Verlierern des Integrationsprozesses führen.

Inwieweit ein Bürger von der Integration profitiert, ist dabei insbesondere von dessen Bildung und Einkommen, also seinem Humankapital, abhängig. Ein nicht von staatlichen Sozialsystemen abhängiger Beschäftigter mit hohem Einkommen, beispielsweise ein Akademiker, zieht sehr wahrscheinlich Nutzen aus den Grundfreiheiten des Binnenmarktes in Form der Arbeitnehmerfreizügigkeit oder Kapitalfreiheit. Ein geringfügig beschäftigter Arbeiter hingegen muss möglicherweise wegen der Abwanderung seines Arbeitgebers um seinen Job fürchten und erhält daraufhin Sozialleistungen, die aufgrund des inhereuropäischen Wettbewerbsdrucks zuvor vom Staat hatten gekürzt werden müssen. Bürger mit höherem Humankapital könnten die Vorteile der Integration demnach im Regelfall besser

nutzen als solche mit geringerem Humankapital und gelangten so eher zu einer positiven Einschätzung der EU und der weiteren Integration (Gabel 1993: 350; Gabel/Palmer 1995: 11; siehe auch Hooghe/Marks 2005: 421). Dieser sogenannte „Policy-Appraisal“-Ansatz konnte durch die Auswertung empirischer Daten der Eurobarometer-Umfragen für die Jahre vor und unmittelbar nach dem Inkrafttreten des Maastrichter Vertrags bestätigt werden (Gabel/Palmer 1995: 11f.). Danach verloren die utilitaristischen Erklärungen merklich an Bedeutungskraft (Eichenberg/Dalton 2007: 138). Die Erweiterung der EU-Kompetenzen durch den Vertrag von Maastricht scheint auch zu einer Erweiterung der Erklärungsfaktoren für die Unterstützung der EU geführt zu haben, sodass die sozioökonomische Perspektive erweitert werden musste.

2.3.2 Nicht-ökonomische Ansätze

Kognitive Mobilisierung und Werteorientierungen

Eine weitere Herangehensweise zur Untersuchung der Haltung der Bürger zur EG/EU, wurde bereits in den 70er Jahren von Inglehart vorgestellt. Er verknüpfte den Grad der politischen Informiertheit und sozialen Vernetzung sowie die politischen Werte eines Individuums mit dessen Unterstützung für die europäische Integration. In seiner Theorie der „stillen Revolution des Wertewandels“ erkannte Inglehart eine wachsende Bedeutung postmaterialistischer Werte für die Nachkriegsgeneration der westlichen Welt (Inglehart 1977). Inglehart bezieht sich hier auf die Maslowsche Bedürfnishierarchie: Erst nach Befriedigung bestimmter grundlegender Bedürfnisse wie physische und ökonomische Sicherheit, erlangen andere, zuvor unwichtig scheinende, individuelle Bedürfnisse wie Selbstverwirklichung an Bedeutung (Maslow 1943). Diese Theorie verknüpft Inglehart mit der Sozialisationshypothese, nach der die Festlegung der Wertprioritäten eines Menschen in dessen Kindheit und Jugend erfolgt und auch bei Änderung sozialer Umstände beständig bleibt (Inglehart 1977: 150). Da die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs aufgewachsenen Generationen nun im Gegensatz zu älteren Generationen keine physischen und ökonomischen Unsicherheiten und Mängel erlitten hatten, nahm die Bedeutung postmaterialistischer Werte für sie zu. Dieser Prozess wirkt sich laut Inglehart auch auf die Wahrnehmung trans- und internationaler Entwicklungen wie die der europäischen Integration aus. In diesem Zusammenhang geht er davon aus, dass postmaterialistisch ausgerichtete Menschen die europäische Integration aus zweierlei Gründen stärker unterstützen als Materialisten. Zum einen erwartet er „post-materialists to have a significantly less parochial and more cosmopolitan outlook than materialists“, was zu einer geringeren Wertschätzung der Aufgaben des Nationalstaats (Abwehr externer Gefahren und Garantie der nationalen Sicherheit) führe und die Zustimmung zu Souveränitätsabgaben auf die supranationale Ebene erhöhe (Inglehart 1977: 151; Tiemann et al. 2011: 44). Zum anderen besitzen Postmaterialisten aufgrund ihrer durchschnittlich höheren Bildung auch ein höheres Maß an kognitiver Mobilisierung (ebd.: 158ff). Diese beschreibt die Fähigkeit, sich über politische Zusammenhänge und Entwicklungen zu informieren und sich in seinem sozialen Umfeld über diese Informationen auszutauschen und die Meinungen Anderer zu beeinflussen. Da ein Bürger sich erst durch Kenntnis und Verständnis der Strukturen und Entwicklungen innerhalb der Gemeinschaft mit dem Integrationsprojekt verbunden fühlen könne, erhöhe

ein hohes Maß an kognitiver Mobilisierung die Unterstützung der Integration (Inglehart 1970: 47).

Inglehart konnte diese Theorien empirisch bestätigen, allerdings ist die eindeutige Identifizierung eines Zusammenhangs relativ schwierig, da beispielsweise die Abhängigkeit der Unterstützung vom Bildungsniveau auch als Indikator für den sozioökonomischen Erklärungsansatz (Humankapital) dient. Weiterhin ist eine Überprüfung der aus der Anfangszeit des europäischen Integrationsprozesses stammenden Theorie auf ihre aktuelle Gültigkeit nötig.

Identität

In den folgenden Erklärungsansätzen spielen das Gefühl der Verbundenheit mit der eigenen Nation und die Einschätzung der nationalen Politik eine wichtige Rolle für die Erklärung der öffentlichen Meinung zur EU. Hierbei besteht zunächst die grundlegende Annahme, dass Bürger die europäische Integration und die Abgabe nationaler Souveränität auf die supranationale Ebene anhand ihrer Haltung zur nationalen Politik sowie der Ausprägung ihres Nationalitätsgefühls bewerten und diese somit entweder unterstützen oder ablehnen. Uneinigkeit besteht in der Literatur jedoch darüber, in welche Richtung und in welchem Ausmaß sich diese Faktoren auswirken (Serricchio 2012: 124).

In Bezug auf das Identitätsgefühl erkannte Carey 2002 einen negativen Zusammenhang zwischen einer starken nationalen Identität und der Unterstützung des Integrationsprozesses. Ein ausgeprägtes Nationalitätsgefühl verhindere die Bildung einer europäischen Identität, die wiederum notwendig sei für eine positive Haltung gegenüber der EG/EU. Er weist jedoch gleichzeitig darauf hin, dass die Beziehung zwischen verschiedenen regionalen Identitäten sehr komplex sei und dementsprechend kaum generalisiert werden könne. Dies wird besonders an den unterschiedlichen Ergebnissen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten in seiner empirischen Analyse deutlich (Carey 2002: 407f).

Auch McLaren sieht in einem starken Nationalgefühl ein Hindernis für die Unterstützung der europäischen Integration. Sie betont in ihrem „Cultural-Threat“-Ansatz die bedrohende Wirkung des Integrationsprojektes auf nationale Kulturen. So steige mit einer ausgeprägten nationalen Identität auch die Angst vor fremden Einflüssen auf die eigene Nation. Dabei stehe nicht, wie im „Policy-Appraisal“-Modell, die eigene, persönliche ökonomische Bedrohung im Mittelpunkt, die beispielsweise durch Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt durch Immigranten ausgelöst werden könnte, sondern die mögliche „degradation of the nation-state“ durch ausländische Einflüsse (McLaren 2002: 554).

Dass eine starke nationale Identität auch eine positive Haltung zur EU ermöglicht, zeigen Hooghe und Marks, indem sie zwischen inklusiver und exklusiver nationaler Identität unterscheiden. Während letztere die Bildung einer weiteren Identität ausschließe und zu Feindlichkeit gegenüber anderen Identitäten führe, erlaube ein inklusives Nationalitätsgefühl auch eine zusätzliche europäische Identität (Hooghe/Marks 2005: 433). Anhand der Einbeziehung der Eurobarometer-Frage nach inklusiver oder exklusiver Identität⁶ in ihre Analyse konnten Hooghe und Marks einen positiven statistischen Zusammenhang zwischen einer inklusiven nationalen Identität und der Unterstützung der EU feststellen. Doch

⁶ Die Frage lautet: „Sehen Sie sich in Zukunft als...?“ Antwortmöglichkeiten: „Nur NATIONALITÄT“, „NATIONALITÄT und Europäer“, „Europäer und NATIONALITÄT“ und „Nur Europäer“.

auch an dieser Stelle ist zu beachten, dass die Ergebnisse zwischen den Mitgliedstaaten stark variieren (Risse 2010: 180).

Nationale Kontexte („cues“ und „proxies“)

Neben der Identität ist auch die Bewertung nationaler Politik von Bedeutung. Sowohl Anderson (1998) als auch Sánchez-Cuenca (2000) stellen einen Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit der Performanz der nationalen Politik und der Unterstützung weiterer Integrationsschritte fest, allerdings in unterschiedliche Richtungen. Anderson geht davon aus, dass Bürger aufgrund mangelnder Kenntnisse über die Union die nationale Politik als „proxies“ für die Meinungsbildung nutzen. Demnach spiegeln die Ansichten über die EU „other, more firmly held and extensively developed, political beliefs that are more the result of citizens' experiences with domestic political reality“ (Anderson 1998: 573) wider. Durch seine Datenanalyse wurde ein positiver Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit eines Bürgers über den Zustand der Demokratie, sowie der Performanz der politischen Institutionen seiner Nation und der diffusen Unterstützung der Europäischen Union festgestellt. Bürger bewerten in diesem Fall die EU also nicht direkt, sondern bringen durch eine positive Einstellung ihre Zufriedenheit mit der nationalen Politik zum Ausdruck et vice versa (ebd.: 585).

Sánchez-Cuenca beobachtet dagegen einen gegensätzlichen Effekt: Zufriedenheit mit nationalen politischen Institutionen und Entwicklungen führe zu einer negativen Einschätzung der Integration. Bürger hingegen, die nicht einverstanden damit sind, wie Demokratie in ihrem Land funktioniert und die Arbeitsweise der politischen Eliten negativ einschätzen, sähen Souveränitätsabgaben an die EU als Chance auf effektive und konstruktive Politik (Sánchez-Cuenca 2000: 148). Dadurch erklärt er die besonders hohen Zustimmungswerte für die europäische Integration in den traditionell stärker durch Korruption geprägten südlichen Ländern Europas (ebd.: 157).

Schließlich spielen im nationalen Kontext auch Parteien im öffentlichen Meinungsbildungsprozess eine Rolle. So können Parteipositionen als Orientierung zur Bewertung des Integrationsprozesses dienen, wenn Bürger selbst kein ausreichendes Wissen über die EU besitzen. Neben den bereits genannten Einflüssen werden die Haltungen der Bürger geformt durch ihr „ideological placement and by elites and political parties“ (Hooghe/Marks 2005: 437).

2.4 Zwischenfazit

Seit der Erosion des „permissive consensus“, die spätestens mit dem Vertrag von Maastricht erfolgt war, vervielfachten sich euroskeptische Haltungen in den Parteien der Mitgliedstaaten und unter den europäischen Bürgern. Diese ablehnenden Haltungen können sowohl die Idee der europäischen Integration generell betreffen, als auch spezielle gegenwärtige Entwicklungen und schließlich die zukünftige Ausgestaltung der Union. Um eine euroskeptische Haltung einordnen zu können, sollten ökonomische und soziale Hintergründe sowie bisherige europapolitische Erfahrungen und Kenntnisse der betreffenden Person berücksichtigt werden.

Angesichts der Vielzahl an Erklärungsansätzen für die Motivationen zur Meinungsbildung über den europäischen Integrationsprozess bleibt festzuhalten, dass die Unterstützung eines Bürgers für die EU nicht von einem einzelnen Faktor abhängt. Zunächst kann nicht angenommen werden, dass alle Bürger ausreichend Kenntnisse besitzen, um eine reflektierte und eindeutige Haltung zur EU zu bilden. Demnach spielen viele verschiedene ökonomische, kulturelle und nationale Einflüsse eine Rolle im Meinungsbildungsprozess. Die verschiedenen Faktoren können in den verschiedenen Mitgliedstaaten aufgrund bestimmter nationaler Kontexte und Traditionen unterschiedlich große Erklärungskraft annehmen, sodass keine allgemeingültige Formel für die Vorhersage von Unterstützungswerten erstellt werden könnte: „Clearly, we have much to learn about how economic calculation and identity shape public opinion, and about how their effects vary across political contexts” (Hooghe/Marks 2005: 438).

3. Italien und die öffentliche Meinung zur Integration: ein historischer Überblick

Die traditionell sehr pro-europäische Haltung der italienischen Bevölkerung entwickelte sich erst im Laufe der ersten beiden Jahrzehnte des europäischen Integrationsprojekts. Im Gegensatz zur Europa-Euphorie der 70er und 80er Jahre waren die ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Gründung der EWG 1957 auf Seiten der Italiener von Unsicherheiten, Zweifeln und rationalen politischen Überlegungen statt ideologischer Überzeugungen und europäischer Ideen geprägt. Zur Entwicklung eines Verständnisses darüber, wie die italienische Bevölkerung den Prozess der europäischen Integration wahrnahm und inzwischen wahrnimmt und warum die Unterstützungswerte ab Ende der 50er Jahre kontinuierlich anstiegen und sich jahrelang auf europäischem Spitzenniveau hielten, soll die Bedeutung der europäischen Integration und der Wandel derselben für Italien in den letzten 60 Jahren erklärt werden.

3.1 Gründungsphase: 40er und 50er

Ebenso wie die anderen europäischen Länder, die an den Kampfhandlungen des Zweiten Weltkriegs beteiligt gewesen waren, befand sich Italien im Jahr 1945 in einer katastrophalen wirtschaftlichen Situation.⁷ Die Koalition aus Christdemokraten und Kommunisten kämpfte ab 1946 gegen hohe Arbeitslosigkeits- und Inflationsraten (Woller 2010: 228). Die in großen Teilen zerstörte Industrie und Infrastruktur mussten wieder aufgebaut werden – aufgrund der hohen öffentlichen Schulden und des Handelsdefizit Italiens konnte dies jedoch nicht ohne externe Hilfe erreicht werden. Besonders drängend stellte sich die Lage im Süden Italiens dar: In einigen Regionen des traditionell strukturschwachen und durch wenig Industrie geprägten Teil Italiens stiegen die Arbeitslosenzahlen auf über 30% (ebd.).

Neben diesem wirtschaftlichen Gegensatz zwischen Nord und Süd zeigten sich auch politische Differenzen zwischen den eher linke Parteien unterstützenden Italienern in den Industriestädten des Nordens sowie der Landbevölkerung im Süden, die überwiegend für die konservative *Democrazia Cristiana* (DC) votierte und im Referendum über die Staatsform 1946 für eine Fortsetzung der Monarchie stimmte (Jansen 2007: 22f.).

In den ersten Jahren nach 1945 regierte der Parteiführer der DC, Alcide de Gasperi, gemeinsam mit der PCI (der Kommunistischen Partei; *Partito Comunista Italiana*) und der PSI (der Sozialistischen Partei; *Partito Socialista Italiana*), wobei beide Lager über einen etwa gleich starken Rückhalt in der Bevölkerung verfügten. Die Zusammenarbeit führte jedoch keineswegs zu einer Annäherung der Positionen. Im Gegenteil, die ideologischen Spannungen zwischen rechts und links prägten das politische Geschehen und sind bis heu-

⁷ Zu einer ausführlicheren Beschreibung der Situation Italiens nach dem Zweiten Weltkrieg siehe: Jansen (2007) und Woller (2010).

te ein wichtiges Charakteristikum der italienischen Gesellschaft (Ammendola/Isernia 2005: 124; Bellucci/Conti 2012: 9; Woller 2010: 249).

Die Frage, in welche Richtung Italien sich außenpolitisch entwickeln würde, entschied sich erst mit den Wahlen im Jahr 1948, die die DC mit Unterstützung der USA und der katholischen Kirche gewann und in deren Folge die Integration Italiens in die westliche Einflussosphäre beginnen sollte. Während der ersten Schritte der Westbindung wie der Teilnahme am Marshall-Plan und dem Beitritt zur NATO, traten die USA als bedeutendster Bündnis- und Ansprechpartner auf. Große Uneinigkeit herrschte jedoch nach wie vor bezogen auf die verstärkte Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarn. Zunächst einmal bestanden zu den anderen europäischen Staaten kaum mehr freundschaftliche Beziehungen. Italien hatte an der Seite Deutschlands im Krieg gekämpft und galt als Kriegsverlierer und unsicherer Bündnispartner. Gleichzeitig empfanden die Italiener diese Behandlung, die sich beispielsweise in dem als Demütigung aufgefassten Friedensvertrag äußerte, als ungerecht (Ammendola/Isernia 2005: 126, 166; Radbruch 1998: 106; Woller 2010: 240f.).

Weiterhin bestimmte die gespaltene öffentliche Meinung zwischen rechts und links auch das außenpolitische Handeln Italiens. Die kommunistischen Parteien und ihre Anhänger konnten einer engen wirtschaftlichen, politischen oder militärischen Zusammenarbeit mit den kapitalistischen USA und deren Partnern programmatisch nur ablehnend gegenüberstehen (Ammendola/Isernia 2005: 129; Partridge 1998: 182; Quaglia 2003: 7, Quaglia 2012: 37f.).

Ein weiterer Grund für die kaum vorhandene Euphorie Europa gegenüber war die Tatsache, dass Europa als solches nicht als bedeutsamer außenpolitischer Handlungsraum wahrgenommen wurde. Jegliche Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten erfolgte zunächst nur im Rahmen einer atlantischen Außenpolitik (Ammendola/Isernia 2005: 125, 127f., 166; Quaglia 2012: 37; Radbruch 1998: 105). Erst ab Mitte der 50er Jahre, mit den Verhandlungen zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraums und einer nuklearen Zusammenarbeit, nahm die europäische Sphäre eine größere Bedeutung in der italienischen Außenpolitik und in der Wahrnehmung der italienischen Bevölkerung ein.

Die Integration war in den ersten Jahren eher durch pragmatische als ideologische Gründe geprägt. So stellten die Wiedererlangung nationaler Autonomie und die internationale Anerkennung dieser das wichtigste außenpolitische Ziel de Gasperis dar (Koff/Koff 2000: 200). Wirtschaftliche Vorteile einer europäischen Integration konnten in den 50er Jahren noch nicht beobachtet werden, die steigenden Unterstützungswerte der Bevölkerung waren zunächst politisch bedingt (Ammendola/Isernia 2005: 139, 166; Jansen 2007: 140).

Nicht unterschlagen werden dürfen jedoch die Anhänger Altiero Spinellis und Befürworter eines europäischen Bundesstaates. Spinelli hatte bereits 1941 in seinem „Vento-tene Manifesto“ für eine politische Union in Form einer „European Federation“ und der Abschaffung der Nationalstaaten plädiert, um durch die Nationalstaaten ausgelöste weitere mögliche Kriege zu verhindern. Dieses Manifest bildet eine bedeutende theoretische Grundlage der europäischen Integration (Rossi/Spinelli 1941).

In der öffentlichen Meinung herrschte dennoch kein Konsens über eine tiefgreifende politische Integration. Dieser entwickelte sich erst, als die Auswirkungen der 1957 gegründeten EWG spürbar wurden.

3.2 Die langen Jahre des „permissive consensus“

Wie bereits anfangs erwähnt, waren die ersten Jahrzehnte nach Gründung der EWG durch Desinteresse der Bevölkerungen an europäischen Themen gekennzeichnet. Auch in Italien wurde das Thema nach den anfänglichen Uneinigkeiten nicht weiter politisiert. Im Gegenteil, Ende der 60er Jahre gaben die linken Parteien PSI und PCI ihre Opposition gegen die Integration auf. Dieser Schritt erfolgte keineswegs aufgrund einer plötzlichen Meinungsänderung der Parteiführung, sondern ergab sich aus der Tatsache, dass viele linke Wähler die Integration inzwischen unterstützten und den Kurs der Parteien in dieser Angelegenheit nicht mehr mittrugen. Die Partei folgte also ihren Anhängern, um diese nicht zu verlieren (Bellucci/Serricchio 2012: 146; Quaglia 2012: 39f.). Der breite gesellschaftliche Konsens für die Unterstützung der EWG-Mitgliedschaft, der die 70er und 80er Jahre bestimmten sollte, speiste sich zudem aus der Zustimmung wichtiger gesellschaftlicher Akteure wie der anfangs noch kritischen katholischen Kirche sowie einem Großteil der industriellen Unternehmen. (Bellucci/Conti 2012: 9; Telò 2013: 298ff.).

Wie Abbildung 1 entnommen werden kann, lag die öffentliche Netto-Zustimmung für die EWG-Mitgliedschaft Italiens zwischen 1973 und 1991, mit der Ausnahme des Jahres 1975, stets zwischen 60% und 80%. Im Vergleich zu den Durchschnittswerten der anderen Mitgliedstaaten sind dies Spitzenwerte, allein Luxemburg weist konstant ähnlich hohe Werte für diesen Zeitraum auf. Doch woraus speisten sich diese hohen Zustimmungswerte?

In der Literatur werden im Kern drei Gründe für die pro-europäische Haltung der Italiener angeführt: die wirtschaftliche Entwicklung, die innenpolitische Situation, sowie die (mögliche) Rolle Europas im internationalen System.

Die Schaffung eines europäischen Wirtschaftsraums mit der Einführung der vier Freiheiten in den Römischen Verträgen verhalf der italienischen Wirtschaft, die bereits in den Jahren zuvor durch den Marshall-Plan und Reformen zur Sanierung des Staatshaushalts des Staatspräsidenten Einaudi (1948-1955) wieder in Gang gebracht worden war, zu hohen Wachstumsraten. Die Öffnung des Marktes bot der traditionell protektionistischen italienischen Wirtschaft wichtige neue Absatzmärkte, die Arbeitsmigration in nördlichere Mitgliedstaaten wie Deutschland verringerte die hohen Arbeitslosenzahlen und als eine der ärmsten Regionen innerhalb der EWG erhielt der strukturschwache Süden europäische Subventionen für den Aufbau der Wirtschaft. In der Öffentlichkeit wurden diese positiven Entwicklungen mit der europäischen Integration in Verbindung gebracht (Ammendola/Isernia 2005: 142; Koff/Koff 2000: 201; Partridge 1998: 181f.; Quaglia 2012: 40).

Die innenpolitische Situation Italiens in diesen Jahren war durch Instabilität, häufige Koalitionswechsel, Korruption und schwaches Vertrauen der Bevölkerung in die nationalen politischen Institutionen geprägt. Viele Italiener hofften auch in diesem Zusammenhang auf positive Auswirkungen der Integration. Externer Druck aus Brüssel, ein sogenannter „vincolo esterno“, erschien als Möglichkeit, das eigene politische System zu modernisieren und zu stabilisieren (Isernia 2005: 225; Quaglia 2012: 41).

Drittens erschien das sich formende und wiederaufgebaute Europa in Bezug auf die internationale Lage in einem anderen Licht als noch 1945 (Ammendola/Isernia 2005: 169).

Im bipolaren System des Kalten Kriegs schien die Möglichkeit eines starken geeinten Europa als dritte Macht neben den USA und der Sowjetunion zu bestehen. Trotz einer weiterhin engen Zusammenarbeit mit den USA konnte Italien sich zudem im europäischen Rahmen eine gewisse Unabhängigkeit erarbeiten. Diese Aussicht veranlasste besonders die Anhänger der linken Parteien zu einer positiveren Wahrnehmung des europäischen Projekts (ebd.; Partridge 1998: 183; Quaglia 2012: 40).

Gegensätzlich zur positiven Wahrnehmung der Integration entwickelte sich jedoch die Rolle Italiens in der EWG/EG selbst. Die innenpolitische Instabilität verhinderte ein kohärentes und geeintes Auftreten italienischer Vertreter in europäischen Verhandlungen und Sitzungen. Der Einfluss Italiens hielt sich demnach sehr in Grenzen. Auch die oft verspätete oder nicht vorhandene Umsetzung von Vorgaben und Richtlinien der Kommission durch die italienische Exekutive führte zu einem Ansehensverlust Italiens durch die übrigen Mitgliedstaaten (Koff/Koff 2000: 202ff; Partridge 1998: 184f.; Telò 2013: 304). Als Grund für die schlechte Umsetzung wird hauptsächlich der Zustand der italienischen Bürokratie und Verwaltung angeführt, gekennzeichnet durch Korruption und ineffiziente Arbeitsstrukturen (ebd.).

3.3 Große Umbrüche in den 90er Jahren

Mit Beginn der 90er Jahre erfuhr die Beziehung zwischen Italien und der europäischen Gemeinschaft einige grundlegende Veränderungen. Die Unterstützungswerte für die Integration blieben weiterhin hoch, jedoch entwickelte die Europa-Euphorie der Vorjahre sich in einen „europeismo dinsincantato“ (Cotta 2005: 385) oder „delusionato“ (Bellucci/Serricchio 2012: 136; auch: Demos & Pi 2013: 3ff.), es kam also zu einer Ernüchterung beziehungsweise Desillusionierung der Wahrnehmung Europas.

Dieser Wandel hängt zusammen mit den politischen Entwicklungen der 90er Jahre. Der Zusammenbruch des Kommunismus veränderte die Ordnung Europas und die internationalen Beziehungen von Grund auf. Wie die Rolle Italiens in diesem neuen Europa ohne Eisernen Vorhang aussehen sollte, war nicht klar. Italienische Politiker befürchteten durch die Dominanz des wiedervereinten Deutschlands und die Aufmerksamkeit auf die neuen Staaten Mittel- und Osteuropas eine Verschiebung Italiens an die (politische) Peripherie Europas (Masala 2013: 291ff.; Telò 2013: 301f.). Nicht nur geografisch, auch politisch verlor Italien in der seit 1992 bestehenden Europäischen Union an Einfluss. Besonders die Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Währungsunion (EWU) spielten in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Hohe Inflationsraten, Instabilität und ausufernde Staatsschulden machten Italien zu einem schwierigen Kandidaten. Die zur gleichen Zeit stattfindende politische Krise des Landes (siehe unten) erschwerte das Durchführen von Reformen zur Haushaltskonsolidierung. Der Regierung Prodi (1996-1998) gelang es schließlich durch Privatisierungen und Sparmaßnahmen, sowie der Einführung einer „Euro-Steuer“, die Kriterien zu erfüllen und Italien den Beitritt zur EWU zu ermöglichen (Caciagli 2004: 26; Isernia 2005: 224). Die Kosten dieses Beitritts waren jedoch hoch und für die italienische Bevölkerung deutlich spürbar. Trotz einiger Kritik an den Maßnahmen der Regierung führten die Befürchtungen, bei einer Nichterfüllung der Kriterien zu einem Mitgliedstaat zweiter Klasse degradiert zu werden, zu einer generellen Akzeptanz der Refor-

men in der Bevölkerung (Caciagli 2004: 27; Koff/Koff 2000: 207f.). Begründet lagen diese Besorgnisse in Ansätzen wie dem Schäuble-Lamers-Papier von 1994. Die beiden deutschen Politiker schlugen darin das Konzept eines „Kerneuropas“ vor, gekennzeichnet durch eine engere Zusammenarbeit und vertiefte Integration der darin befindlichen Staaten, in Abgrenzung zu den nicht involvierten Ländern (CDU/CSU 1994).

Auch die innenpolitische Krise zu Beginn der 90er Jahre beeinflusste die Rolle Italiens in der Europäischen Union. In jenen Jahren erlebte die italienische Politik ihre größte Umgestaltung seit der Nachkriegszeit. Ausgelöst durch Korruptionsskandale („*mani pulite*“) und Ermittlungen gegen die traditionellen Parteien brach die gesamte italienische Parteienlandschaft und mit ihr die Erste Republik zusammen, was zu einer Erneuerung der politischen Eliten und Parteineugründungen führte (Woller 2010: 364ff). In Bezug auf Europa entwickelten sich in diesen Parteien Sichtweisen und Ansätze, die das Ende des „*bipartisan consensus*“ (Quaglia 2003: 20) der vorangegangenen Jahrzehnte bedeuteten (Conti 2003: 3; Quaglia 2003: 9). Besonders die neugegründeten rechtspopulistischen Parteien äußerten sich in Bezug auf Europa vermehrt skeptisch. Die aus der Forza Italia, Lega Nord und Alleanza Nazionale bestehende Regierung Berlusconi I war 1994 somit die erste offen europakritische Regierung Italiens (Caciagli 2004: 28f.; Telò 2013: 302). Wie Quaglia beschreibt, sei dieser zunehmende Euroskeptizismus der Mitte-rechts-Parteien jedoch weniger durch ideologische, sondern vielmehr strategische Überlegungen begründet gewesen. (Quaglia 2003: 3, 23; Quaglia 2012: 47). Die Parteien reagierten somit auf Stimmungen in der Bevölkerung, die der geplanten Vertiefung der Integration durch den Vertrag von Maastricht, hauptsächlich in Form der geplanten Währungsunion, reserviert bis skeptisch gegenüberstanden. Dabei spielten insbesondere ökonomische Überlegungen eine Rolle, da sich infolge der für die Erfüllung der EWU-Beitrittskriterien durchgeführten Sparmaßnahmen und Liberalisierungen inzwischen eine Skepsis über die positiven Auswirkungen der europäischen Politik auf die italienische Wirtschaft in der Bevölkerung bildete (Isernia 2005: 232).⁸ Die hier beschriebene Skepsis wird in der Literatur jedoch allgemein nicht als Euroskeptizismus im Sinne der Ablehnung der Mitgliedschaft (*hart* bzw. *diffus*) oder auch spezieller Integrationsschritte (*weich* bzw. *spezifisch*) angesehen, sondern, wie anfangs beschrieben, als Ernüchterung der bisherigen Euphorie (ebd.; Serricchio 2012: 118). Ebendiese Haltung zeigt sich auch bei Berlusconi, der zwar öffentlich Kritik an einem europäischen technokratischen Superstaat übte, Verhandlungen und Entscheidungen auf europäischer Ebene jedoch nicht boykottierte oder verhinderte. So habe „sich Italien bislang“(…) als ein verlässlicher Partner für all jene Staaten erwiesen, deren Ziel eine immer „engere“ Union ist“ (Masala 2012: 295). Im Gegensatz zu den Parteien des *centro* und der *centro-destra* zeigten sich die neu gebildeten linken Parteien seit den 90er Jahren größtenteils unterstützend bezüglich der europäischen Integration (Bellucci/Serricchio 2012: 146, 153; Quaglia 2012: 41f.).

Bellucci und Serricchio erkennen zusätzlich einen weiteren Grund für das Abflauen der Europa-Begeisterung in Italien: Mit dem tiefen Integrationsschritt von Maastricht seien die europäischen Institutionen im Leben der Bürger spürbarer und zu einem greifbaren politischen Akteur geworden. Das allgemeine Misstrauen der Italiener in politische Institu-

⁸ Im Falle eines Referendums über die Ratifizierung des Maastrichter Vertrags hätten nur 55 % der Italiener positiv abgestimmt (Isernia 2005: 229).

tionen, das sich bisher auf die Institutionen auf nationaler Ebene beschränkt hatte, habe sich so auch auf Brüssel ausgeweitet (Bellucci/Serricchio 2012: 135f.).

Einen weiteren Dämpfer erlebte die Beziehung zwischen der EU und Italien durch die negativ wahrgenommene Osterweiterung. Kulturelle, wirtschaftliche und politische Unterschiede zwischen den neuen und den alten Mitgliedsländern schienen vielen Italienern zu groß, es herrschten kaum Sympathien für die neuen Mitgliedstaaten in Italien. Die sich von (Süd-)Italien nach Mittel- und Osteuropa verschiebende Verteilung europäischer Subventionen spielte in dieser Abneigung zusätzlich eine bedeutende Rolle (Caciagli 2004: 31; Serricchio 2012: 131).

Die Unterstützungswerte für die EU nahmen in den letzten Jahren weiterhin ab und befinden sich im europaweiten Vergleich nunmehr im Mittelfeld. Ob und inwieweit dieser Trend durch die Eurokrise der letzten paar Jahre verstärkt wurde, soll nun anhand aktueller Umfragewerte analysiert werden.

4. Einfluss der Eurokrise

Zur Feststellung, ob die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre die Haltung der Italiener bezüglich der EU beeinflusst und womöglich die seit Maastricht zu beobachtende Europa-Desillusionierung verschärft hat, soll zunächst ein Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung selbst geworfen werden. Im Folgenden wird in einem knappen Überblick die Rolle Italiens in der Eurokrise sowie die Auswirkungen jener auf die italienische Wirtschaft und Gesellschaft dargestellt.

4.1 Ursachen und Verlauf der italienischen Staatsschuldenkrise

Die gegenwärtigen ökonomischen Schwierigkeiten des italienischen Staats wurden durch die 2008 ausgebrochene Finanzkrise verstärkt, die Ursachen liegen jedoch in den strukturellen Schwächen des italienischen Wirtschaftssystems und den bereits seit den 90er Jahren übermäßig hohen Staatsschulden von mehr als 100% des BIP (Eurostat Defizit/Überschuss; siehe Abbildung 3; außerdem Analysen von Borioni/Mazzocchi 2012; Erber 2011; IWF 2013; Europäische Kommission 2013; allgemein zur Eurokrise: Illing 2013; Mayer et al.: 2011). Die Kommission identifiziert in einem Bericht an den Europäischen Rat im Mai 2013 Italiens „loss of external competitiveness as well as high public indebtedness in an environment of protracted subdued growth“ als ökonomische Hauptprobleme des Landes (Europäische Kommission 2013: 3).

Das hohe Niveau öffentlicher Verschuldung in Italien, das bereits vor Ausbruch der Finanz- bzw. Eurokrise bestand, ist auf mehrere politische und ökonomische Schwächen des italienischen Systems zurückzuführen, wie der aufgeblähten Verwaltung, ineffizienten Bürokratie, einem hohen Maß an Schattenwirtschaft und Korruption sowie einem generösen Rentensystem (IWF 2013: 10; Europäische Kommission 2013: 4ff.; Schmidt/Gualmini 2013: 261). Weiterhin führten institutionelle Schwächen der Währungsunion nach Einführung des Euro zu einer Erhöhung der Staatsschulden: Die anfänglich scheinbar positive Auswirkung der für italienische Verhältnisse geringen Leitzinsen, erhöhten jedoch letztendlich die ökonomischen Divergenzen zwischen den Mitgliedern der Eurozone. In den heutigen Krisenländern, Italien eingeschlossen, „überstiegen die Investitionen die heimische Ersparnis, sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor, was zu einem Anstieg der Leistungsbilanzdefizite in diesen Ländern führte“ (Enderlein 2010: 7ff.; Mayer et al. 2011: 32). Höheren Inflationsraten und Lohnstückkosten konnte Italien durch die einheitliche europäische Geldpolitik nun nicht mehr durch eine Abwertung der Währung entgegenwirken, was zu einem Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit führte (Jaumotte/Sodsriwiboon 2010: 14).

Die 2008 ausbrechende Finanzkrise verschärfte die Situation weiter. Steigende Zinsen und Unsicherheit an den Finanzmärkten sowie die zweimalige Herabstufung der italienischen Kreditwürdigkeit im September 2011 und im Januar 2012 erschwerten es der itali-

enischen Regierung, ausstehende Zahlungen zu bedienen (Erber 2011: 336; Illing 2013: 79ff.). Insgesamt stieg der Schuldenstand Italiens zwischen 2008 und 2012 von bereits außerordentlich hohen 106% auf enorme 127% des BIP (Abbildung 3).

Aufgrund der strukturellen Schwächen gelang es Italien außerdem nicht, die der Finanzkrise folgende Rezession zu bekämpfen, sodass die Wirtschaftsleistung in den Jahren 2012 und 2013 sank. Erst 2014 wird nach zwei Jahren negativen Wachstums wieder ein Anstieg des BIP prognostiziert (Abbildung 4).

Die Regierung unter Ministerpräsident Berlusconi versäumte es in ihrer Amtszeit, tiefgreifende Reformen zur Reduzierung des Staatsdefizits durchzuführen.

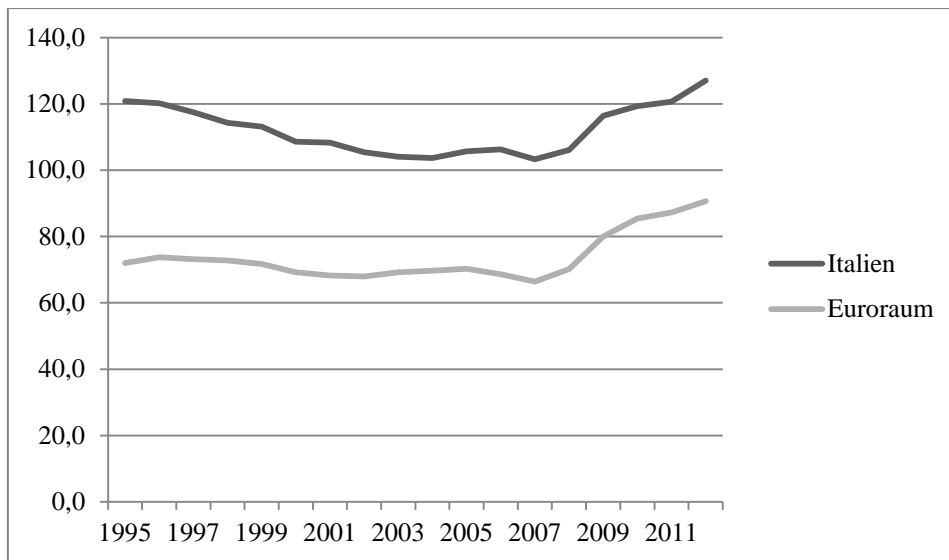


Abbildung 3: Bruttoschuld des Staates in Prozent des BIP, eigene Darstellung, Quelle: Eurostat Defizit/Überschuss.

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Italien	2.2	1.7	-1.2	-5.5	1.7	0.5	-2,5	-1.8 (v)	0.7 (v)	1.2 (v)
Euroraum	3.2	2.9	0.4	-4.4	2.0	1.6	-0.7	-0.4 (v)	1.1 (v)	1.7 (v)

(v): Vorhersage

Abbildung 4: BIP, Prozentveränderung im Vergleich zur Vorperiode, eigene Darstellung, Quelle: Eurostat BIP.

Die 2010 und 2011 veranlassten Sparpakete konnten die Situation an den Finanzmärkten nicht beruhigen und somit auch keinen weiteren Anstieg der Zinsen für die Staatsschulden verhindern. Das im Ausland angeschlagene Image Berlusconis führte eher zu einem verschärften Misstrauen an den Finanzmärkten (Schmidt/Gualmini 2013: 373ff.).

Die negativen makroökonomischen Aussichten für Italien führten auf dem ersten Höhepunkt der italienischen Krise – im Herbst 2011 – zu dringenden Forderungen des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank (EZB) an die Regierung, die Situation durch strukturelle Reformen zu entschärfen. Ein erst knapp zwei Monate später an die Öffentlichkeit gelangter Brief vom 4. August 2011 des EZB-Direktors Tri-

chet und seinem Nachfolger Draghi an Berlusconi verdeutlicht den externen Druck auf die italienische Regierung. Trichet und Draghi bezeichnen darin die bis dato durchgeführten Maßnahmen als „not sufficient“ und fordern Italien dazu auf, „to urgently underpin (...) its commitment to fiscal sustainability and structural reforms“. Dazu werden konkrete Schritte und Reformen aufgeführt, die „as soon as possible“ von der Regierung umgesetzt werden sollten (Corriere della Sera 29.09.2011). Einige Tage nach Erhalt des Briefes und der Verabschiedung eines Sparpakets durch die italienische Regierung begann die EZB mit dem Ankauf italienischer Staatsanleihen (FAZ 30.09.2011). Auch die Staats- und Regierungschefs auf dem G20-Gipfel in Cannes im November 2011 übten Druck aus, „effectively ordering Silvio Berlusconi to accept surveillance of Italy’s austerity measures by the International Monetary Fund“ und „to sign up to a more specific austerity package or else the US and other countries would not put extra funds into the IMF“ (The Guardian 04.11.2011).

Berlusconi schaffte es jedoch nicht, das Vertrauen der Finanzmärkte zu gewinnen und die Situation zu stabilisieren, im November 2011 stufte die Ratingagentur Standard & Poor’s die Kreditwürdigkeit Italiens herab, was höhere Zinsen für den italienischen Staat zur Folge hatte. Der externe Druck sowie öffentliche Skandale im Zusammenhang mit der Person Berlusconi führten Ende November zum Rücktritt des „Cavaliere“.

Sein Nachfolger, der Wirtschaftsprofessor Mario Monti, bildete eine Technokratenregierung aus Ökonomen, die durch eine breite parlamentarische Mehrheit unterstützt wurde. Trotz einer Debatte um ein mögliches Demokratiedefizit dieser nicht vom Volk gewählten Regierung, wurde sie dennoch überwiegend als legitim angesehen (Schmidt/Gualmini 2013: S. 377). Die Erwartungen an Monti waren hoch, auch und besonders im Ausland: Van Rompuy und Barroso sahen in dem Machtwechsel ein „encouraging signal (...) to overcome the current crisis“ (Europäischer Rat 2011) und das amerikanische TIME magazine erklärte sogar: „the fate of the world economy rests in Mario Monti’s hands“ (TIME 20.02.2012). Die Verabschiedung des Reformpakets „Salva Italia“ führte zunächst tatsächlich zu einer Beruhigung der Märkte. Das Sparprogramm sollte das Staatsdefizit durch eine Reform des Rentensystems sowie durch Steuererhöhungen (Einführung einer Immobiliensteuer und schrittweise Erhöhung der Mehrwertsteuer) verringern. Weiterhin setzte Monti Liberalisierungen auf dem Arbeitsmarkt (beispielsweise Lockerung des Kündigungsschutzes) und bei verschiedenen Berufsgruppen durch (Borioni 2012: 6; Handelsblatt 27.02.2012). Ende Dezember 2012 reichte Monti jedoch seinen Rücktritt ein, nachdem er im Parlament nicht mehr über eine unterstützende Mehrheit verfügte. Die öffentliche Unterstützung der Regierung Monti war nach der hohen Zustimmung zum Amtsantritt in den folgenden Monaten kontinuierlich gesunken (Reuters Italia 2012).

Im Gegensatz zur Austeritätspolitik Montis konzentrierte sich die Politik des nach den daraufhin vorgezogenen Parlamentswahlen im April 2013 vereidigten Ministerpräsidenten Letta auf Wachstums- und insbesondere Infrastrukturprogramme. Nach öffentlichen Protesten gegen die erhöhte Steuerlast schaffte die neue Regierung die Immobiliensteuer wieder ab und versprach in ihrem Haushaltsbericht für 2014 Steuersenkungen (Handelsblatt 16.06.2013, 28.08.2013). Im Mai 2013 war der Status des „excessive deficit“ für Italien aufgehoben worden (Europäischer Rat 2013).

4.2 Haltung der Italiener zur EU seit 2008

Die makroökonomischen Turbulenzen der Eurozone seit 2010 und im Besonderen Italiens seit Mitte 2011 wurden begleitet von einem zunehmenden Ansehensverlust der EU in der italienischen Bevölkerung.

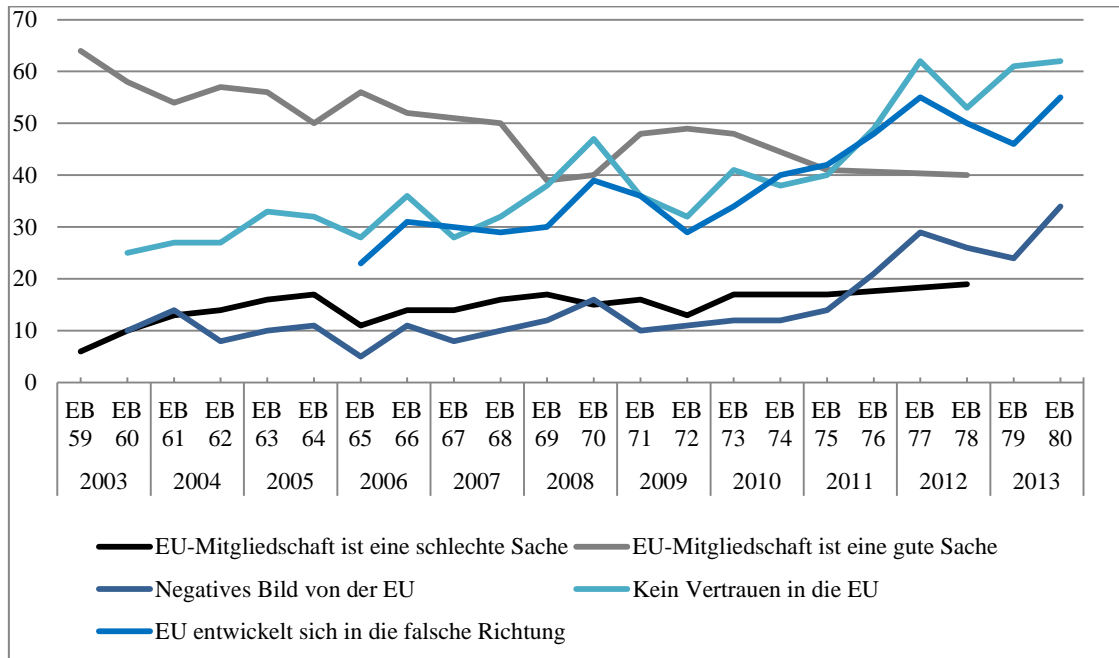


Abbildung 5: Entwicklung der Haltung zur EU in Italien zwischen 2003 und 2013, Werte in %, eigene Darstellung. Daten: Eurobarometer, Pew Research Center⁹.

Wie in Abbildung 5 zu erkennen ist, gaben in der Eurobarometer-Umfrage im November 2013 nur noch 26% der Italiener an, ein positives Bild von der EU zu besitzen. Weitere drei Prozentpunkte geringer ist der Anteil derer, die der EU als Institution vertrauen. Im Jahr 2008, also zu Beginn der weltweiten Finanz-, aber noch vor Ausbruch der europäischen Staatsschuldenkrise, lagen diese Werte noch bei 49% beziehungsweise 40%. Weiterhin sagten 2013 62% der Italiener aus, kein Vertrauen mehr in die EU zu besitzen: ein Anstieg um 26% seit Anfang 2008. Auch in Bezug auf die Bewertung der Mitgliedschaft Italiens in der EU sind die Umfragewerte deutlich: 2013 sahen darin 11% einen wirtschaftlichen Vorteil Italiens, 75% dagegen einen Nachteil (2009 sahen 31% einen Nutzen und 41% einen Nachteil für die italienische Wirtschaft) (Pew Research Center 2013).

Diese Werte beschreiben anschaulich, wie sehr das Image der EU in den letzten Jahren beschädigt wurde. Die Betrachtung weiterer Zahlen legt jedoch die Vermutung nahe, dass die veränderte Wahrnehmung der EU kein Ausdruck der Ablehnung weiterer Integration oder ganz generell der Unionsmitgliedschaft Italiens ist, sondern vielmehr eine steigende Unzufriedenheit mit den Entwicklungen der letzten Jahre, bis hin zu einer

⁹ Die Daten für die Mitgliedschaftsfrage für 2012 stammen vom Pew Research Center (2012), alle weiteren aus den Eurobarometer-Umfragen. In letzteren wurde die Mitgliedschaftsfrage nach 2011 nicht mehr aufgenommen.

Gleichgültigkeit gegenüber der Union widerspiegelt – auch hier passt der Begriff „europeismo delusionato“. So bewerteten 2012 zwar nur noch 40% der Italiener die Mitgliedschaft ihres Landes in der Union als eine „gute Sache“, der Wert liegt damit jedoch sogar noch einen Prozentpunkt über dem Wert des Jahres 2008. Der Anteil derer, die in der Mitgliedschaft eine „schlechte Sache“ sehen, stieg seit 2008 nur um zwei Prozentpunkte, von 17% auf 19%. Gleichzeitig erklärten allerdings 33%, weder eine gute, noch eine schlechte Sache darin zu sehen (Pew Research Center 2012). Obwohl ein Großteil der Italiener keine ökonomischen Vorteile in der europäischen Integration erkennt, waren 2013 43% der Überzeugung, dass die Wirtschaftskrise des Landes ohne die Mitgliedschaft in der EU noch verstärkt würde (gegenüber 23%, die ohne EU-Mitgliedschaft eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage erwarteten) (Demos & Pi 2013). Auch in der Frage, wer die Schuld an der Krise trage, erklären nur 15% der Italiener die EU als Ursache (Pew Research Center 2012). Ein Großteil der Befragten (84%) spricht der nationalen Regierung die Verantwortung für die derzeitigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu (ebd.).

In Bezug auf die wirtschaftliche Situation sehen 73% der Italiener Bedarf für eine verstärkte Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten, knapp die Hälfte (49%) sprechen sich für die Abgabe weiterer Entscheidungskompetenzen nach Brüssel aus – ein Spitzenwert im Vergleich mit anderen von der Krise besonders betroffenen EU-Mitgliedstaaten (EB 78; Pew Research Center 2013).

Es wird also deutlich, dass der Ansehens- und Vertrauensverlust kein Zeichen „harder“ Euroskepsis ist, sondern eher die Enttäuschung der Italiener über die Entwicklung der Union in den letzten Jahren zum Ausdruck bringt. Ein weiterer Indikator, der für einen Anstieg eines weichen Euroskeptizismus in Italien spricht, ist die Wahrnehmung der Entwicklung der EU. 2013 empfanden 55% der Italiener die Richtung, in die sich die EU bewegt als falsch, gegenüber 14%, die die Richtung befürworteten (Anfang 2008: 30% gegenüber 26%) (EB 80; EB 69). Die Daten deuten einen Anstieg der von Kopecký und Mudde als „euroceptic“ bezeichneten Haltung an: Die Unterstützung für das Konzept der europäischen Integration ist weiterhin gegeben, die öffentliche Unterstützung für die aktuelle Ausgestaltung der EU sinkt jedoch und erhöht die Unzufriedenheit mit der aktuellen und geplanten Entwicklung der Integration (vgl. Kopecký/Mudde 2002: 303).¹⁰

4.3 Auswirkungen der Krise auf erklärende Faktoren für die Haltung zur EU

Um herauszufinden, welche Faktoren diesen Anstieg der weichen Euroskepsis beeinflusst haben, sollen nun die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die in Kapitel 2.3 beschriebenen Motivationen zur Meinungsbildung untersucht werden. Da eine Untersuchung aller in der Forschung zu findenden Motivationen an dieser Stelle zu umfangreich wäre, soll der Fokus in der folgenden Analyse auf drei Faktoren liegen, die im Zusammenhang mit der Krise besonders interessant scheinen: die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage, das Empfinden nationaler und europäischer Identität, sowie drittens das Vertrauen in politische Institutionen.

¹⁰ Eine ähnliche Entwicklung sehen Nanou und Verney auch im noch stärker von der Krise betroffenen Griechenland (EUOPP 2013).

Die entlang dieser Faktoren formulierten und in den folgenden Abschnitten untersuchten Hypothesen lauten:

Hypothese H₁: Die negative Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage verschlechtert die Wahrnehmung der EU durch die Italiener.

Hypothese H₂: Ein durch die Krise erhöhtes exklusives Nationalgefühl verschlechtert die Wahrnehmung der EU durch die Italiener.

Hypothese H₃: Der Vertrauensverlust in politische Institutionen durch die Wirtschaftskrise verschlechtert die Wahrnehmung der EU durch die Italiener.

Um den Wahrheitsgehalt der Hypothesen zu überprüfen, soll im Folgenden die Entwicklung der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Situation, des nationalen Identitätsgefühls sowie des Vertrauens in politische Institutionen der Italiener zwischen Ausbruch der Krise und dem Jahr 2013 untersucht werden.

Der tatsächliche Einfluss dieser Faktoren auf die Haltung zur EU soll anschließend durch eine logistische binäre Regressionsanalyse mit den Eurobarometer-Daten von 2009 (EB 73) und 2013 (EB 79) analysiert werden. Aufgrund der geringen Veränderung der Netto-Zustimmung zur EU in den Krisenjahren wird ein Indikator der weichen Euroskepsis in dieser Analyse als abhängige Variable genutzt: die Bewertung der aktuellen Richtung, in die die EU sich bewegt. Folgende unabhängige Variablen werden dabei auf ihre Erklärungskraft untersucht:

- wirtschaftliche Erwartungen
- Wahrnehmung der wirtschaftlichen Situation
- Vertrauen in die nationalen politischen Institutionen
- exklusives nationales Identitätsgefühl

Nach dieser Betrachtung des Einflusses der wirtschaftlichen Krise auf die meinungsbildenden Faktoren und der Messung der Erklärungskraft dieser Faktoren soll eine abschließende Bewertung der drei Hypothesen möglich sein.

4.2.1 H₁: Ökonomische Faktoren

Auswirkungen der Krise erfuhren die Bürger Italiens auch in ihrem Alltag. Allein im Jahr 2012 kam es zu 364.972 Firmenpleiten in Italien, insgesamt führte die Krise zu einem Verlust von 818.000 Arbeitsplätzen (Süddeutsche Zeitung 14.03.2013). Die Arbeitslosenquote stieg bis 2012 auf 10,7% an. Besonders drastisch entwickelte sich die Situation für die jungen Bürger: Die Jugendarbeitslosigkeit lag 2012 bei 35,3% und damit mehr als 10 Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt (Eurostat: Arbeitslosenquoten). Die verschärfte Situation auf dem Arbeitsmarkt sowie der Anstieg der privaten Verschuldung führten zu einem allgemeinen Rückgang der Kaufkraft um 5% (Borioni 2012: 4). Im Alltag der Italiener wirkte sich dies beispielsweise durch einen vermehrten Verzicht auf Urlaubsreisen oder selteneren Fleischkonsum aus, gespart wurde auch an den Heizkosten (Spiegel Online 22.05.2013).

Diese wirtschaftliche Entwicklung hat die Wahrnehmung der Italiener über die persönliche (egozentrisch) wie auch die nationale (soziotropisch) wirtschaftliche Lage verändert. Fast die Hälfte der Italiener (49%) bewertete die finanzielle Situation des eigenen

Haushalts im Jahr 2013 als „schlecht“, ein Anstieg von mehr als 10 Prozentpunkten seit Beginn der Krise 2009 (zum Vergleich: der durchschnittliche Wert in der EU-28 lag 2013 bei 35%). Sehr extrem fällt die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage der Nation aus: 96% der italienischen Umfrageteilnehmer bewerteten diese negativ. Interessant sind auch die Zukunftsaussichten: Eine Verbesserung der nationalen bzw. persönlichen wirtschaftlichen Lage innerhalb der nächsten 12 Monate erwarteten 2013 nur 15% bzw. 12% der Italiener (EB 71; EB 80).

Ebenso veränderte sich die Bewertung des ökonomischen Nutzens der EU-Mitgliedschaft Italiens seit Ausbruch der Krise. Während 2009 41% der Italiener eine langfristige Schwächung der italienischen Wirtschaft durch die europäische Integration erwarteten, stieg dieser Anteil im Jahr 2012 auf 61%. Demgegenüber sahen 2012 22% eine wirtschaftliche Stärkung durch den Integrationsprozess (2009: 31%) (Pew Research Center 2012).

Festzustellen ist demnach, dass sich die utilitaristischen Faktoren, die nachweislich die Haltung zur EU beeinflussen, in den Krisenjahren verändert haben. Insgesamt schätzen die Italiener sowohl die makro- wie auch die mikroökonomische Lage negativer ein, ebenso wie den Einfluss der EU auf die italienische Wirtschaft.

Hypothese H_1 kann trotzdem nicht ohne weiteres bestätigt werden: Die Regressionsanalyse zum Einfluss der hier genannten Variablen auf die Bewertung der aktuellen Entwicklung der EU zeigt, dass die Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Situation die Haltung zur EU im Gegensatz zu den anderen untersuchten Faktoren sowohl vor als auch während der Krise kaum signifikant beeinflusst.

	2008 EB 73		2013 EB 79	
	B	Standard Error	B	Standard Error
Wirtschaftliche Erwartungen	,14	,14	-,75	,16
Situation nationale Wirtschaft	,10	,15	,19	,14
Finanzielle Erwartungen	-,17	,13	-,43	,19
Finanzielle Situation Haushalt	,17	,15	,16	,13
Bürger EU	,11	,21	,19	,20
Vertrauen EU	-1,33	,22	-1,23	,23
Vertrauen NP	-,62	,26	-,64	,33
Zukünftige Identität (Exklusiv)	-,08	,20	-,69	,22
Demokratiezufriedenheit Italien	,70	,20	,01	,21
Constant	,70	,93	4,45	1,04

Abbildung 6: Ergebnisse der binären logistischen Regressionsanalyse zum Einfluss der ökonomischen Wahrnehmung, der Identitätsgefühle und des Vertrauens in politische Institutionen auf die Bewertung der Richtung der EU in Italien, 2008 und 2013, Daten: Eurobarometer.¹¹

¹¹ Abhängige Variable: Die EU bewegt sich in die richtige (0) oder falsche (1) Richtung; Unabhängige Variablen: Erwartung der finanziellen bzw. ökonomischen Situation, Einschätzung der nationalen wirtschaftlichen bzw. persönlichen finanziellen Lage, Gefühl der europäischen Identität („citizenship“), institutionelles Vertrauen in die EU bzw. das nationale Parlament, zukünftiges exklusives Identitätsgefühl, Zufriedenheit mit Demokratie in Italien.

Demgegenüber spielen allerdings die Erwartungen über die zukünftige ökonomische Entwicklung eine Rolle, der Einfluss der wirtschaftlichen Erwartung nimmt sogar im Laufe der Krise zu (Abbildung 6). Diese Zahlen sind jedoch naheliegend, da sowohl die Bewertung der Richtung der EU als auch die erwartete ökonomische Entwicklung eine Einschätzung zukünftiger Entwicklungen darstellen und sich die Ansichten einer Person in diesen beiden Angelegenheiten mit hoher Wahrscheinlichkeit ähneln. Die geringe Erklärungskraft der Wahrnehmung der aktuellen wirtschaftlichen Situation legt jedoch nahe, die Bedeutung der utilitaristischen Erklärungsfaktoren nicht zu überschätzen.¹² Hypothese H₁ kann deshalb auf Grundlage dieser Zahlen trotz des deutlichen Einflusses der Krise auf die utilitaristischen Faktoren nicht bestätigt werden.

4.2.2 H₂: Nationale und europäische Identität

Abgesehen von den wirtschaftlichen Folgen wirkte sich die Krise auch in sozialer und politischer Hinsicht auf die italienische Gesellschaft aus. An dieser Stelle sollen nun die Rolle des italienischen Nationalgefühls und mögliche nationalistische Tendenzen in Politik und Gesellschaft betrachtet werden.

Illing beschreibt in seinem Werk über die Eurokrise einen Einfluss derselben auf die politische Kultur der betroffenen Staaten. Demnach habe die Krise zu einem „Rückfall auf nationalistische Positionen“ geführt und eine „strukturelle Trennung der Völker in Schuldner und Gläubiger“ verursacht (Illing 2013: 141f). Die Betrachtung der Darstellung Deutschlands in italienischen Zeitungen scheint diesen Trend zu bestätigen: So wird die Europapolitik der deutschen Regierung mit den Großmachtansprüchen der Nationalsozialisten verglichen und von einem „Quarto Reich“ berichtet (Il Giornale 03.08.2012) Diese radikalen Wertungen finden sich in rechtspopulistischen Zeitungen wie „Il Giornale“ oder „Il Libero“ und sprechen das Zusammengehörigkeitsgefühl der Italiener mit ihrer Nation in Abgrenzung zum weniger stark von der Krise betroffenen Deutschland und der Sparmaßnahmen fordernden deutschen Kanzlerin Merkel an.

Besonders der Wahlkampf zu den Parlamentswahlen Anfang 2013 war durch die Betonung der nationalen Souveränität Italiens gegenüber europäischen Institutionen und der Kanzlerin gekennzeichnet. Berlusconi beschuldigte den amtierenden Ministerpräsidenten Monti etwa, die Krise durch eine „politica germanocentrica“ noch verschärft zu haben (La Stampa, 11.12.12). Auch der als Populist bezeichnete Anführer des „MoVimento 5 Stelle“, Beppe Grillo, zeichnete sich im Wahlkampf durch Kritik an der europäischen Führungselite und der Ablehnung einer weiteren Teilnahme Italiens an der Eurozone aus (Handelsblatt 13.03.2013).

Inwieweit sich diese Haltungen in der Bevölkerung wiederfinden und wie verbreitet sie sind, lässt sich durch die bloße Betrachtung der Berichterstattung und Wahlkampfaufstellungen dieser Art nicht erkennen. Die nationalistischen Tendenzen der Medien und Parteien lassen jedoch zunächst eine ähnliche Neigung in der Bevölkerung vermuten. Laut der in

12 Auch Serricchio et al. (2013) erkennen in einer EU-weiten Untersuchung eine sinkende Erklärungskraft der utilitaristischen Faktoren zwischen 2007 und 2011, in ihrer Studie wird der Einfluss auf die Ablehnung zur EU-Mitgliedschaft untersucht.

Kapitel 2.3 angeführten Theorien von Carey, McLaren und Hooghe und Marks würde ein Anstieg exklusiver nationaler Identität zu erhöhtem Euroskeptizismus führen. Zur Überprüfung einer solchen Entwicklung, hervorgerufen durch die Krise, sollen als Indizien für die Haltung der Italiener Umfrageergebnisse in Bezug auf das nationale sowie europäische Identitätsgefühl sowie die Wahrnehmung Italiens im Rahmen der EU und in Relation zu den anderen Mitgliedstaaten dienen.

Es gibt zwei die nationale und europäische Identität betreffende Eurobarometer-Fragen, die an dieser Stelle betrachtet werden sollen: Zum einen die Frage nach der Bindung („attachment“) an das eigene Land beziehungsweise die EU, zum anderen die in Kapitel 2.3 bereits erwähnte Frage der exklusiven Identität (Abbildung 7). Zunächst einmal ist festzustellen, dass die Werte der Verbundenheitsfrage nicht auf ein gestiegenes nationales Identitätsgefühl der Italiener schließen lassen, vielmehr ist das Gegenteil der Fall: während sich 2007 89% mit ihrem Land verbunden fühlten und 9% diese Aussage nicht bestätigen konnten, waren es 2012 87% gegenüber 13%. Eine andere Entwicklung findet sich beim Gefühl der Verbundenheit mit der EU: Ein solches gaben 2007 32% der Befragten an, während 35% es verneinten. Bis 2012 stiegen beide Werte, ersterer auf 45%, letzterer gar auf 53%. Es fühlten sich also sowohl mehr Italiener mit der EU verbunden als auch nicht verbunden. Interessant an dieser Frage ist die Tatsache, dass der Wert der Verbundenheit in der ersten Jahreshälfte 2010, also unmittelbar bevor die europäische Staatsschuldenkrise die europäische Öffentlichkeit erreichte, auf den Höchstwert 73% gestiegen war (nicht verbunden: 26%).

Die Frage zur exklusiven Identität kann einen Rückgang des europäischen Identitätsgefühls zwischen 2010 und 2012 jedoch nicht bestätigen: Hier gaben 2010 45% eine exklusive italienische Identität an, gegenüber 51%, die eine Antwortmöglichkeit wählten, in der die europäische Identität mit angegeben war („Nur als Europäer“; „Als Europäer und Italiener“; „Als Italiener und Europäer“). 2012 lagen die Werte bei 32% gegenüber 60%, im Frühjahr 2013 sogar bei 29% gegenüber 67% und zeigten dadurch ein geringes exklusives nationales und gestiegenes europäisches Identitätsgefühl auf. Die aktuellsten Daten vom Herbst 2013 stellen jedoch wiederum ein Bild ähnlich wie 2010 dar: 42% gaben eine exklusiv italienische Identität an und 54% eine inklusive europäische. Diese Daten sind aufgrund der hohen Schwankungen nicht aussagekräftig genug, um Rückschlüsse auf eine grundsätzliche Entwicklung in der Krise ziehen zu können. Der neueste Anstieg der exklusiven Identitätswerte kann erst durch weitere Daten der in den nächsten Jahren folgenden Umfragen in einem breiteren Kontext betrachtet und bewertet werden.

	2007 EB 67	2010 EB 73	2012 EB 77	2013 EB 79	2013 EB 80
Verbundenheit mit Italien	89	97	87		
Verbundenheit mit der EU	32	73	45		
Exklusiv italienische Identität		45	32	29	42
Inklusiv europäische Identität		51	60	67	54

Abbildung 7: Italienische und europäische Identitätswerte in %, 2007-2013, eigene Darstellung, Quelle: Eurobarometer.

Eine klare Entwicklung wird bei der Frage, inwieweit die Italiener die Interessen ihres Landes in der EU berücksichtigt sehen, deutlich: 2013 sahen 71% die italienischen Interessen nicht ausreichend berücksichtigt. Der EU-weite Durchschnitt lag hier bei 53%. Diese Bewertung führt jedoch scheinbar nicht in erhöhtem Maße zu einer emotionalen Abgrenzung zu den anderen EU-Mitgliedstaaten. Über die Hälfte der Italiener (52%) fühlte sich Ende 2013 infolge der Krise sogar noch stärker mit den anderen Ländern verbunden, der EU-weite Durchschnitt betrug hier 41% (EB 79).

Die Krise scheint demnach bisher nicht zu einem signifikanten Anstieg des exklusiven nationalen Identitätsgefühls der Italiener geführt zu haben, die aktuellen Zahlen lassen zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch keine gewisse Bewertung zu.

Die Regressionsanalyse zeigt demgegenüber einen deutlichen Anstieg der Erklärungskraft der exklusiven nationalen Identität auf. Während diese 2008 keinen signifikanten Einfluss auf die Bewertung der weiteren Entwicklung der EU ausübte, zeigte sie 2013 eine ebenso hohe Erklärungskraft wie die Einschätzung der zukünftigen wirtschaftlichen Lage (Abbildung 6). Als Erklärung für diesen Anstieg könnten die nationalistischen Tendenzen in den Medien sowie die damit verbundenen in der Krise aufgekommenen nationalen Ressentiments dienen: Obwohl die Entwicklungen der letzten Jahre bei vielen Italienern zunächst scheinbar nicht zu einer exklusiven nationalen Identität und einem Verlust des europäischen Identitätsgefühls geführt hat, so belasten diese exklusiven Identitätsgefühle – wo sie vorhanden sind – die Wahrnehmung der EU stärker, als dies vor der Krise der Fall gewesen ist. Die zweite Hypothese kann also teilweise bestätigt werden.

4.2.3 *H₃: Vertrauen in politische Institutionen*

Die dritte Hypothese geht von einem Einfluss der Krise auf das Vertrauen der Italiener in politische Institutionen aus. Es wird angenommen, dass die wirtschaftliche Situation Italiens ab 2011 zu einer steigenden Unzufriedenheit der Bürger mit den politischen Entscheidungsträgern, sowohl im Inland als auch in der Europäischen Union, geführt hat. Ausgehend von Anderson würden eine solche zunehmende Unzufriedenheit und ein stärkeres Misstrauen gegen die nationale politische Elite einen negativen Einfluss auf die diffuse Unterstützung zur EU ausüben (Anderson 1998: 585). Ein positiver Einfluss der zunehmenden Unzufriedenheit mit der nationalen Politik auf die Haltung zur EU (vgl. Sánchez-Cuenca 2000) wird an dieser Stelle nicht erwartet, da die europäischen Institutionen, ebenso wie die nationalen italienischen von den Bürgern mit der Krise in Verbindung gebracht werden und in diesem Fall weniger als eine mögliche Alternative zur nationalen Politik betrachtet werden kann, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Bei der Untersuchung der Vertrauenswerte der Italiener seit 2003 (Abbildung 8) wird zunächst ein prinzipieller Abwärtstrend deutlich, sowohl in Bezug auf die nationalen Institutionen (Regierung und Parlament), als auch auf die Europäische Kommission und das Europäische Parlament (EP). Bereits vor Ausbruch der europäischen Staatsschuldenkrise in Italien waren die Netto-Vertrauenswerte in die nationale Regierung von -35% (2003) auf -39% im Jahr 2010 gesunken eine ähnliche Entwicklung findet sich ebenfalls beim Vertrauen ins nationale Parlament (-20% auf -36%).

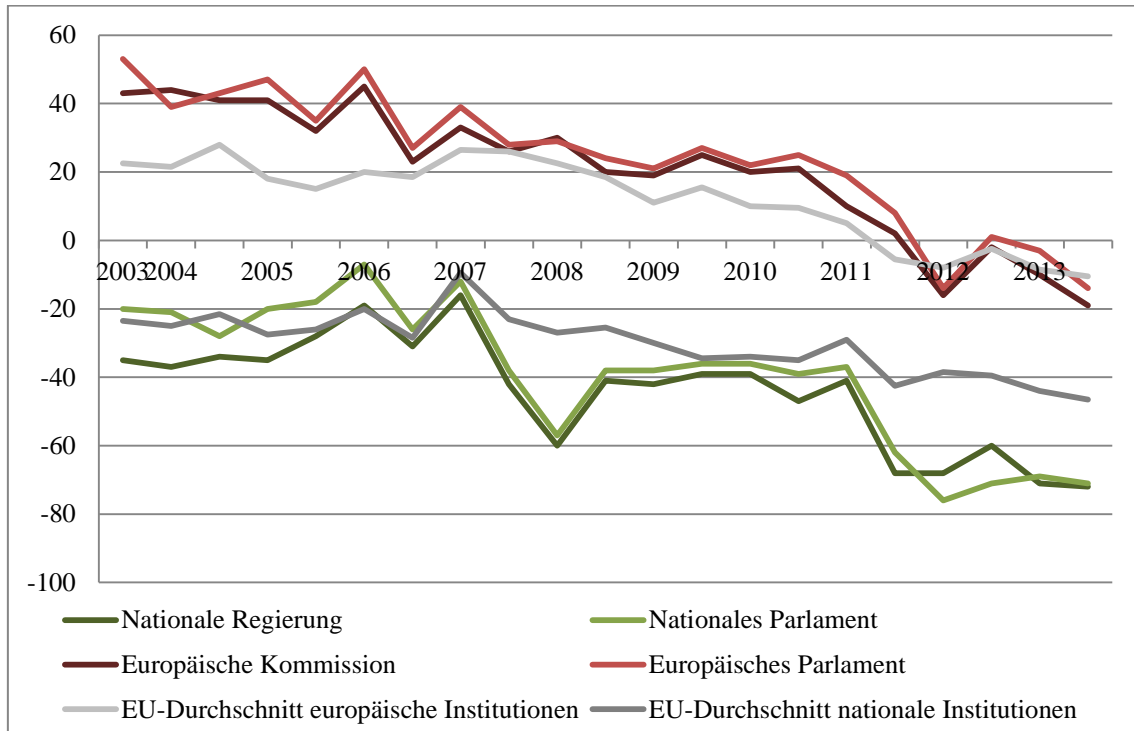


Abbildung 8: Netto-Vertrauen der Italiener in politische Institutionen zwischen 2003 und 2013 (Differenz zwischen „Vertrauen“ und „kein Vertrauen“) in %, eigene Darstellung, Daten: Eurobarometer.

Auch die Europäische Kommission erfuhr zwischen 2003 und 2010 einen Vertrauensverlust von 23 Prozentpunkten, das EP gar um 31 Prozentpunkte. Deutlich wird an dieser Stelle, dass den europäischen Institutionen von den Bürgern ein weitaus höheres Vertrauen entgegengebracht wird als den nationalen. Auch wenn dies keine originär italienische Gegebenheit darstellt, so ist der große Abstand zwischen dem Vertrauen in europäische Institutionen gegenüber dem in nationale in Italien traditionell höher als im EU-weiten Durchschnitt (2003 lag der EU-Durchschnittswert für das Netto-Vertrauen in die Kommission und das EP bei 22,5%, in Italien bei 48%).

Diese Differenz zwischen italienischem und europaweitem Vertrauen in die europäischen Institutionen nahm bereits in den Jahren vor der Krise ab, seit Anfang 2012 hat sie sich jedoch sogar umgekehrt: Im EB 77, der Befragung in der ersten Jahreshälfte 2012, erreichte das Netto-Vertrauen der Italiener für die europäischen Institutionen erstmals negative Werte und sank unter den EU-Durchschnitt. Noch stärker als die europäischen Institutionen verloren nationale Regierung und das Parlament in Italien an Vertrauen. Zwischen der ersten und der zweiten Jahreshälfte 2011 sank das Netto-Vertrauen der Italiener in die beiden Institutionen um 27% respektive 25%. Im Vergleich zu den EU-Durchschnittswerten ist dieser drastische Vertrauensverlust der nationalen Institutionen außerordentlich, eine ähnliche, sogar noch stärker ausgeprägte Entwicklung findet sich jedoch auch in den von der Krise ebenfalls stark betroffenen Staaten Spanien und Griechenland (Abbildung 9).

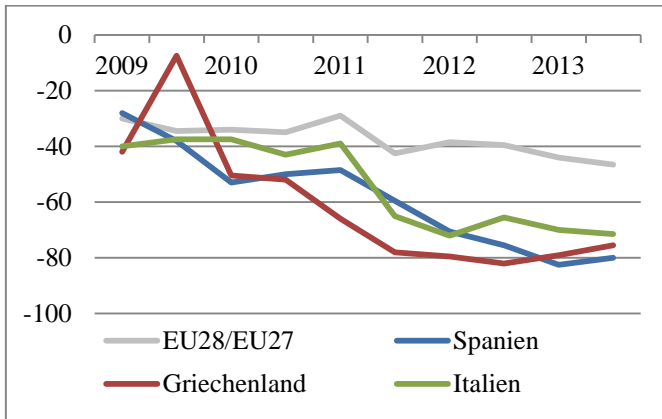


Abbildung 9: Netto-Vertrauenswerte für nationale Regierung und nationales Parlament in Italien, Spanien, Griechenland und EU-Durchschnitt, 2009-2013 in %, eigene Darstellung, Quelle: Eurobarometer.

Roth et al. beobachten einen starken negativen Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in politische Institutionen und der Arbeitslosenquote eines Landes in den von der Eurokrise betroffenen Staaten. Eine solche Korrelation bestand zwar schon vor der Wirtschaftskrise, seit 2010 ist sie jedoch signifikant gestiegen (Roth et al. 2013: 11).

Die Unzufriedenheit der Bürger mit der politischen Elite findet ihre klassische Ausdrucksform spätestens in einem veränderten Wahlverhalten (Kriesi 2012: 518). Der Economic-Voting-Theorie nach bewerten die Wähler ihre Regierung anhand der Lage der nationalen Wirtschaft (vgl. 2.3.1). In einer wirtschaftlichen Krise ist ein Regierungswechsel demzufolge sehr wahrscheinlich, die Bürger erklären die politische Führung der vergangenen Jahre für die wirtschaftliche Situation für verantwortlich und entziehen ihr das Vertrauen sowie die Stimme (Kriesi 2012: 518.). Tatsächlich fanden seit Beginn der Krise bis 2013 in jedem der PIIGS-Staaten Regierungswechsel statt. Im Fall Italiens ist dabei besonders der Erfolg der Protestbewegung „MoVimento 5 Stelle“ von Interesse. Die Partei um ihren Anführer Beppe Grillo erhielt, zum ersten Mal seit ihrer Gründung an Parlamentswahlen teilnehmend, 25,6% der Stimmen in der Abgeordnetenkammer und wurde damit stärkste Partei. Dieser Erfolg wird von Emanuele et al. wie folgt erklärt: „If all mainstream parties are involved in a government taking unpopular (...) measures“, wie es mit der Unterstützung der Regierung Monti durch die Mehrheit der im Parlament vertretenen Parteien ab Ende 2011 der Fall war, „punishment of the incumbent will hit all of them, and reward an anti-system opposition“ (Emanuele et al. 2013: 113).

Tatsächlich gaben 39,1% der italienischen Wähler ihre Stimme einer anderen Partei als bei den vorherigen Parlamentswahlen im Jahr 2008. Eine solch hohe Wähler-Volatilität ist einmalig in der Geschichte des italienischen Staates (siehe Abbildung 10). Allein die erste Parlamentswahl nach Ende der Ersten Republik und dem Zusammenbruch des traditionellen Parteiensystems im Jahr 1994 wies eine ähnlich hohe Wechselrate der Wählerstimmen auf (Chiaramonte/Emanuele 2013: 66).

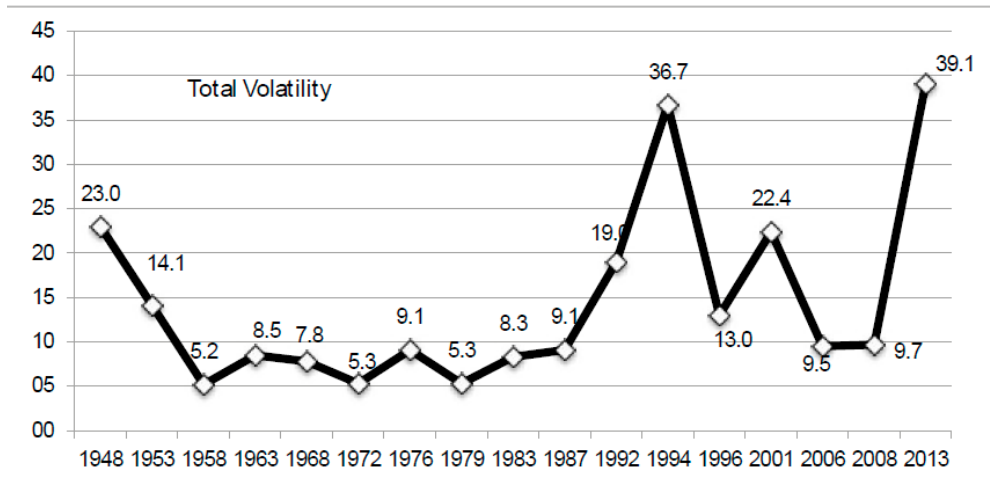


Abbildung 10: Volatilität der Wählerstimmen (Abgeordnetenversammlung, 1948-2013) (Chiaromonte/Emanuele 2013: 68).

Das italienische Parteiensystem sowie das Vertrauen der Italiener in die nationale Politik wurden durch die Krise schwer erschüttert – in den nächsten Jahren wird sich zeigen, ob die Eurokrise eine ähnliche Zäsur für das italienische politische System bedeuten wird wie der „mani pulite“-Skandal zu Beginn der 90er Jahre. Festzustellen bleibt, dass die etablierten Politiker der centro-destra- und centro-sinistra-Parteien für die wirtschaftliche Situation des Landes zur Verantwortung gezogen wurden und ein Viertel der italienischen Wähler ihre Stimme einer gegen das System gerichteten Bewegung gaben.

Die Regressionsanalyse (Abbildung 6) bestätigt, dass der Vertrauensentzug in das politische System Italiens tatsächlich einen Teil der gestiegenen Skepsis gegenüber der aktuellen Entwicklung erklären kann. Das Vertrauen ins nationale Parlament besitzt eine relativ starke Erklärungskraft. Der Einfluss des Systemvertrauens ist jedoch keine neue Erscheinung, sondern war bereits 2008 stark ausgeprägt und erfuhr somit in der Krise keine Veränderung.

Die dritte Hypothese kann trotzdem bestätigt werden: Das infolge der Krise gesunkene Vertrauen der Italiener in die nationalen politischen Institutionen beeinflusst die Wahrnehmung der aktuellen Entwicklung der EU.

5. Schlussfolgerungen und Ausblick

Zusammengefasst lassen sich bedeutende Auswirkungen der europäischen Staatsschuldenkrise auf die italienische Gesellschaft, Politik und Wirtschaft feststellen. Die an dieser Stelle untersuchten Bereiche der öffentlichen Meinung zur Wahrnehmung der aktuellen und zukünftigen Wirtschaft sowie das Vertrauen in die nationalen und europäischen politischen Institutionen erfuhren durch die Krise starke Veränderungen. Inwieweit das italienische Identitätsgefühl durch die Entwicklungen der letzten Jahre beeinflusst wurde, lässt sich zu diesem Zeitpunkt aufgrund der unklaren Daten jedoch noch nicht feststellen. Ersichtlich ist jedoch eine gestiegene Bedeutungskraft des Identitätsgefühls für die Wahrnehmung der aktuellen Entwicklung der EU.

Generell kann in Bezug auf die Entwicklung der Haltung der Italiener zur EU ein, wie bereits in den Jahren vor der Krise zu beobachtender, Anstieg weicher Euroskepsis beobachtet werden. Diese, hier als Desillusionierung betrachtete Entwicklung, begann bereits in den 90er Jahren und verstärkte sich durch die Auswirkungen der Krise auf die italienische Gesellschaft. So wurden zwei der drei bedeutendsten positiven Auswirkungen der europäischen Integration auf Italien, die in den 70er und 80er Jahren zu sehr hohen Unterstützungswerten und einer regelrechten Europa-Euphorie geführt hatten, durch die Krise scheinbar eliminiert: Die wirtschaftlichen Vorteile der Integration für Italien sowie die Hoffnung auf eine Stabilisierung der innenpolitischen Situation durch ein „vincolo esterno“. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft sehen viele Italiener inzwischen negativ, der große Vorsprung in Bezug auf die Vertrauenswerte der europäischen Institutionen gegenüber den nationalen italienischen Institutionen, der lange Jahre ein bedeutendes Merkmal der italienischen Haltung zur EU darstellte, ist inzwischen stark geschmolzen. Die dritte Motivation für die starke Unterstützung der Italiener für das europäische Integrationsprojekt, die Situation Europas im bipolaren internationalen System, hatte bereits zu Beginn der 90er Jahre an Bedeutung verloren.

Eine neuartige Tendenz kann demnach durch die Krise nicht festgestellt werden, sondern vielmehr eine Verstärkung einer seit Mitte der 90er Jahre beobachtbaren Entwicklung.

Der Anstieg der Euroskepsis bewegt sich jedoch im Rahmen des „soft euroscepticism“ beziehungsweise der „specific“ Ablehnung. Es steigt also die negative Sichtweise über die aktuelle Ausgestaltung der EU und die Richtung, in die sich das Integrationsprojekt bewegt. Die generelle Teilnahme an dem Projekt, also die Mitgliedschaft Italiens in der EU, wird noch nicht von einer Mehrheit der Bevölkerung in Frage gestellt, eine Verbesserung der Situation Italiens nach einem EU-Austritt kann sich nur eine Minderheit der Italiener vorstellen.

Wie sich diese Haltung jedoch weiterentwickeln wird, sollte in den nächsten Jahren, wenn nicht schon Monaten, genau beobachtet werden. Bereits die im Juni 2014 stattfindenden Europawahlen werden aufzeigen, wie viel Zuspruch euroskeptische Parteien erhalten werden und eine Auseinandersetzung der europäischen Institutionen mit dem europä-

weit gestiegenen Level an Euroskepsis wird gegebenenfalls erforderlich werden. Denn eine steigende Unzufriedenheit und ein steigendes Misstrauen gegenüber der Ausgestaltung, Entwicklung und Arbeit der Europäischen Union durch ihre Bürger senkt die Legitimität der Institutionen in starkem Maße. Eine solche ist jedoch aufgrund der aktuellen Machtfülle und des gegenwärtigen Einflusses der EU auf den Alltag der europäischen Bürger unentbehrlich.

Abbildungsverzeichnis

- S. 4 Abbildung 1: Netto-Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft in der EWG/EG/EU und Italien, 1973-2011, eigene Darstellung, Quelle: Eurobarometer.
- S. 7 Abbildung 2: Typologie von Parteipositionen gegenüber Europa (Kopecký/ Mudde 2002: 303)
- S. 23 Abbildung 3: Bruttoschuld des Staates in % des BIP, eigene Darstellung, Quelle: Eurostat Defizit/Überschuss.
- S. 24 Abbildung 4: BIP, Prozentveränderung im Vergleich zur Vorperiode, eigene Darstellung, Quelle: Eurostat BIP.
- S. 26 Abbildung 5: Veränderung der Haltung zur EU in Italien seit 2003, eigene Darstellung, Quelle: Eurobarometer, Pew Research Center 2012.
- S. 31 Abbildung 6: Ergebnisse der binären logistischen Regressionsanalyse zum Einfluss der ökonomischen Wahrnehmung, der Identitätsgefühle und des Vertrauens in politische Institutionen auf die Bewertung der Richtung der EU in Italien, 2008 und 2013, Daten: Eurobarometer.
- S. 33 Abbildung 7: Italienische und europäische Identitätswerte in %, 2007-2013, eigene Darstellung, Quelle: Eurobarometer.
- S. 34 Abbildung 8: Netto-Vertrauen der Italiener in politische Institutionen zwischen 2003 und 2013 (Differenz zwischen „Vertrauen“ und „kein Vertrauen“) in %, eigene Darstellung, Daten: Eurobarometer.
- S. 36 Abbildung 9: Netto-Vertrauenswerte für nationale Regierung und nationales Parlament in Italien, Spanien, Griechenland und EU-Durchschnitt, 2009-2013 in %, eigene Darstellung, Quelle: Eurobarometer.
- S. 37 Abbildung 10: Volatilität der Wählerstimmen (Abgeordnetenversammlung, 1948-2013) (Chiaromonte/Emanuele 2013: 68).

Literatur- und Quellenverzeichnis

Daten

- Demos & Pi: Gli Italiani, il Nordest e l'Europa, Indagine Demos & Pi per la Repubblica, rapporto, ottobre 2013, URL: [http://www.demos.it/2013/pdf/2833europa_20131012_\(1.0\).pdf](http://www.demos.it/2013/pdf/2833europa_20131012_(1.0).pdf) [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 1. Public Opinion in the European Union, Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb1/eb1_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 3. Public Opinion in the European Union, Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb3/eb3_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 4. Public Opinion in the European Union, Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb4/eb4_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 10. Public Opinion in the European Union, Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb10/eb10_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 11. Public Opinion in the European Union, Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb11/eb11_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 12. Public Opinion in the European Union, Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb12/eb12_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 13. Public Opinion in the European Union, German, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb13/eb13_de.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 14. Public Opinion in the European Union, Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb14/eb14_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 15. Public Opinion in the European Union, Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb15/eb15_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 16. Public Opinion in the European Union, Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb16/eb16_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 17. Public Opinion in the European Union, Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb17/eb17_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 18. Public Opinion in the European Union, Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb18/eb18_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 19. Public Opinion in the European Union, Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb19/eb19_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 20. Public Opinion in the European Union, Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb20/eb20_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 21. Public Opinion in the European Union, Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb21/eb21_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 22. Public Opinion in the European Union., Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb22/eb22_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 23. Public Opinion in the European Union., Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb23/eb23_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 24. Public Opinion in the European Union, Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb24/eb24_en.pdf [05.02.2014].

- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 25. Public Opinion in the European Union, Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb25/eb25_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 26. Public Opinion in the European Union, Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb26/eb26_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 27. Public Opinion in the European Union, Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb27/eb27_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 28. Public Opinion in the European Union, Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb28/eb28_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 29. Public Opinion in the European Union., Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb29/eb29_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 30. Public Opinion in the European Union., Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb30/eb30_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 31. Public Opinion in the European Union, Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb31/eb31_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 32. Public Opinion in the European Union, Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb32/eb32_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 33. Public Opinion in the European Union, Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb33/eb33_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 34. Public Opinion in the European Union, Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb34/eb34_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 35. Public Opinion in the European Union, Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb35/eb35_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 36. Public Opinion in the European Union, Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb36/eb36_en.htm [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 37. Public Opinion in the European Union, Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb37/eb37_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 38. Public Opinion in the European Union, Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb38/eb38_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 39. Public Opinion in the European Union, German Report; URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb39/eb39_de.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 40. Public Opinion in the European Union, Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb40/eb40_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 41. Public Opinion in the European Union, Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb41/eb41_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 42. Public Opinion in the European Union, Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb42/eb42_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 43. Public Opinion in the European Union, Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb43/eb43_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 44. Public Opinion in the European Union, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb44/eb44_en.htm [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 46. Public Opinion in the European Union, Tables, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb46/tab46.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 47. Public Opinion in the European Union, Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb47/eb47_en.pdf [05.02.2014].

- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 48. Public Opinion in the European Union, Tables, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb48/48tab.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 49. Public Opinion in the European Union, Annexes, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb49/eb49_ann.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 50. Public Opinion in the European Union, Annexes, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb50/eb50_ann.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 51. Public Opinion in the European Union, Annexes, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb51/eb51_ann.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 52. Public Opinion in the European Union, Annexes, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb52/eb52_ann.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 53. Public Opinion in the European Union, Annexes, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb53/eb53_ann.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 54. Public Opinion in the European Union, Annexes, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb54/eb54_ann.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 55. Public Opinion in the European Union, Annexes, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb55/eb55_ann.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 56. Public Opinion in the European Union, Annexes, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb56/eb56_ann.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 57. Public Opinion in the European Union, EU-15 Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb57/eb57_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 58. Public Opinion in the European Union, EU-15 Complete Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb58/eb58_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 59. Public Opinion in the European Union, EU-15 Complete Report + annexes, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb59/eb59_rapport_final_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 60. Public Opinion in the European Union, full report + annexes, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb60/eb60_rapport_standard_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 61. Public Opinion in the European Union, Full Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb61/eb61_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 62. Public Opinion in the European Union, Full Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb62/eb_62_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 63. Public Opinion in the European Union, Full Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb63/eb63_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 64. Public Opinion in the European Union, Full Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb64/eb64_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 65. Public Opinion in the European Union, Full Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb65/eb65_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 66. Public Opinion in the European Union, Full Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb66/eb66_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 67. Public Opinion in the European Union, Full Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb67/eb67_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 68. Public Opinion in the European Union, Full Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb68/eb_68_en.pdf [05.02.2014].

- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 69. Public Opinion in the European Union. Data, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb69/eb69_annexes.pdf [29.01.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 70. Public Opinion in the European Union, Data, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb70/eb70_full_annex.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 71. Public Opinion in the European Union, the annexe of the Standard, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb71/eb713_annexes.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 72. Public Opinion in the European Union. Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb72/eb72_anx_vol1.pdf [29.01.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 73. Public Opinion in the European Union, Report, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb73/eb73_anx_full.pdf [29.01.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 74. Public Opinion in the European Union, Annex, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb74/eb74_anx_full_fr.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 75. Public Opinion in the European Union, Annex, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb75/eb75_anx_full_fr.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 76. Public Opinion in the European Union, Tables of Results, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb76/eb76_tablesresults_en.pdf
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 77. Public Opinion in the European Union, Annex, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb77/eb77_anx_en.pdf [05.02.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 78. Public Opinion in the European Union. Tables of Results, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb78/eb78_anx_en.pdf [29.01.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 79. Public Opinion in the European Union, Tables of Results, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb79/eb79_anx_en.pdf [29.01.2014].
- Eurobarometer: Standard Eurobarometer 80. Public Opinion in the European Union, Tables of Results, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb80/eb80_anx_en.pdf [29.01.2014].
- Eurostat: Arbeitslosenquoten nach Geschlecht und Altersgruppe - Jahresdurchschnitte, %, URL: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/employment_unemployment_ifs/data/database [29.01.2014].
- Eurostat: BIP und Hauptkomponenten – Volumen, URL: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/national_accounts/data/database [29.01.2014].
- Eurostat: Defizit/Überschuss, Schuldenstand des Staates und damit zusammenhängende Daten, URL: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/government_finance_statistics/data/database [29.01.2014].
- Pew Research Center: European Unity on the Rocks, 2012, URL: <http://www.pewglobal.org/files/2012/05/Pew-Global-Attitudes-Project-European-Crisis-Report-FINAL-FOR-PRINT-May-29-2012.pdf> [29.01.2014].
- Pew Research Center: The New Sick Man of Europe: the European Union, 2013, URL: <http://www.pewglobal.org/files/2013/05/Pew-Research-Center-Global-Attitudes-Project-European-Union-Report-FINAL-FOR-PRINT-May-13-2013.pdf> [29.01.2014].

Zeitungsartikel

- Corriere della Sera: Le Condizioni dell'Eurotower. Il documento segreto della Bce: ridurre gli stipendi pubblici, 29.09.2011, URL: http://www.corriere.it/economia/11_settembre_29/sensini_documento_bce_e68f29d6-ca58-11e0-ae06-4da866778017.shtml [29.01.2014].
- Frankfurter Allgemeine Zeitung: Geheimer Brief. Drakonische Forderung von Trichet und Draghi an Italien, 30.09.2011, URL: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/geheimer-brief-drakonische-forderung-von-trichet-und-draghi-an-italien-11411076.html> [29.01.2014].
- Handelsblatt: Mario Monti. Italiens Parteien buhlen um den Professore, 27.02.2012, URL: <http://www.handelsblatt.com/politik/international/mario-monti-italiens-parteien-buhlen-um-den-professore/6258166.html> [29.01.2014].
- Handelsblatt: Italiens Austritt aus dem Euro. Grillo macht ein Tabuthema salonfähig, 13.03.2013, URL: <http://www.handelsblatt.com/politik/international/italiens-austritt-aus-dem-euro-grillo-macht-ein-tabuthema-salonfaehig/7920840.html> [29.01.2014].
- Handelsblatt: Kampf gegen die Rezession. Italien pumpt Milliarden in seine Wirtschaft, 16.06.2013, URL: <http://www.handelsblatt.com/politik/international/kampf-gegen-die-rezession-italien-pumpt-milliarden-in-seine-wirtschaft/8358356.html> [29.01.2014].
- Handelsblatt: Regierungskrise beendet. Italien bleibt neue Regierungssteuer erspart, 28.08.2013, URL: <http://www.handelsblatt.com/politik/international/regierungskrise-beendet-italienern-bleibt-neue-immobiliensteuer-erspart/8709552.html>
- Il Giornale: Quarto Reich, 03.08.2012, URL: <http://www.ilgiornale.it/news/quarto-reich-827668.html> [05.02.2014].
- La Stampa: Governo: Berlusconi: Da Monti governo germano centrico, 11.12.2012, URL: <http://www.lastampa.it/2012/12/11/governo-berlusconi-da-monti-esecutivo-germanocentrico-Z5E1gckyosp5sAdW42Dpij/pagina.html> [29.01.2014].
- Reuters Italia: Governo, sondaggio SWG: 62% non vuole Monti bis, fiducia premier al 36%, 16.11.2012, URL: <http://it.reuters.com/article/topNews/idITMIE8AF00R20121116> [29.01.2014].
- Spiegel Online: Studie. Wirtschaftskrise stürzt Millionen Italiener in Armut, 22.05.2013, URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/wirtschaftskrise-stuerzt-millionen-italiener-in-armut-a-901215.html> [29.01.2014].
- Süddeutsche: Italiens Wirtschaft kämpft ums Überleben, 15.03.2013, URL: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/euro-krise-italiens-wirtschaft-kaempft-ums-ueberleben-1.1624737> [29.01.2014].
- The Guardian: G20 leaders press Italy to accept IMF checks on cuts programme, 04.11.2011, URL: <http://www.theguardian.com/world/2011/nov/04/g20-italy-imf-checks-cuts> [29.01.2014].
- TIME Magazine: The Most Important Man in Europe, 20.02.2012.

Bibliographie

- Ammendola, Teresa/Isernia, Pierangelo (2005): L'Europa vista dagli italiani: i primi vent'anni. In: Cotta et al. (2005): 117-170.
- Anderson, Christopher (1998): When in Doubt, Use Proxies: Attitudes toward Domestic Politics and Support for Integration. In: *Comparative Political Studies* 31/5. 569-601.
- Balestrini, Pierre (2010): Are EU policies to blame for the significant decline in public support for the EU in Italy? In: *Comparative European Politics* 10. Sep 2010. 449-475.
- Beiner, Ronald (Hrsg.) (1995): *Theorizing Citizenship*. New York: State University of New York Press.
- Bellucci, Paolo/Conti, Nicolò (Hrsg.) (2012): *Gli italiani e l'Europa: Opinione pubblica, élite politiche e media*. Rom: Carocci editore.
- Bellucci, Paolo/Conti, Nicolò (2012): Introduzione: europeismo, euroscetticismo. In: dies. (2012): 9-18.
- Bellucci, Paolo/Serricchio, Fabio: Cosa pensano i cittadini dell'Europa? In: Bellucci/Conti (2012): 135-156.
- Borioni, Paolo/Mazzocchi, Ronny (2012): Die globale Krise in Italien. Entstehung, Eigenart, Gefahren. *Internationale Politikanalyse Friedrich-Ebert-Stiftung*. Dez 2012. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/id/09554.pdf> [05.02.2014].
- Caciagli, Marco (2004): Italien und Europa. Fortdauer eines Verhältnisses von Zwang und Ansporn. In: *APuZ* B35/36. 26-31.
- Carey, Sean (2002): Undivided Loyalties? Is National Identity an Obstacle to European Integration? In: *European Union Politics* 3/4. 2002. 387-413.
- CDU/CSU: Überlegungen zur Europäischen Politik. Diskussionspapier 1994.
- Checkel, Jeffrey T./Katzensein, Peter J. (Hrsg.) (2009): *European Identity*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Checkel, Jeffrey T./Katzenstein, Peter J. (2009): The politicization of European identities. In: dies. (2009): 1-28.
- Chiaromonte, Alessandro/Emanuele, Vincenzo (2013): Volatile and tripolar: The new Italian party system. In: de Sio et al. (2013.): 63-68.
- Cini, Michelle/ Pérez-Solórzano Borragán, Nieves (Hrsg.) (2013): *European Union Politics*. Oxford: Oxford University Press.
- Conti, Nicolò (2003): Party Attitudes to European Integration: A Longitudinal Analysis of the Italian Case. *European Parties Elections and Referendums Network Working Paper No. 13*. November 2003.
- Cotta, Maurizio: Conclusioni. In: Cotta et al. (2005): 369-386.
- Cotta, Maurizio et al. (Hrsg.) (2005): *L'Europa in Italia: élite, opinione pubblica e decisioni*. Bologna: il Mulino.
- Cotta, Maurizio/Isernia, Pierangelo (2012): L'Unione Europea e le sfide della cittadinanza sovranazionale. In: Bellucci/Conti (2012.): 19-30.
- De Sio, Lorenzo et al. (Hrsg.) (2013): *The Italian General Election of 2013. A dangerous stalemate?* Centro Italiano Studi Elettorali.
- Dalton, Russel J./Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.) (2007): *The Oxford Handbook of Political Behaviour*. Oxford [u.a.]: Oxford University Press.
- Eichenberg, Richard C./Dalton, Russel J. (1993): Europeans and the European Community: The Dynamics of Public Support for European Integration. In: *International Organization* 47. 1993. 507-534.
- Eichenberg, Richard C./Dalton, Russel J. (2007): Post-Maastricht Blues: The Transformation of Citizen Support for European Integration, 1973-2004. In: *Acta Politica* 42. 2007. 128-152.
- Emanuele, Vincenzo et al. (2013): Conclusions: What lies ahead? In: de Sio et al. (2013.): 113-114.

- Enderlein, Henrik (2010): Krise in der Euro-Zone. In: APuZ 43. 7-12.
- Erber, Georg (2011): Italy's Fiscal Crisis. In: *Intereconomics* 6/2011. 332-339.
- Europäische Kommission (2013): Recommendation for a Council Recommendation on Italy 2013 national reform programme and delivering a Council opinion on Italy's stability programme for 2012-2017, 362 final. 29.05.2013. URL: http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/csr2013_italy_en.pdf [29.01.2014].
- Europäischer Rat (2011): Joint statement by European Council President Van Rompuy and European Commission President Barroso on the decision to ask Mario Monti to form the next Italian government. EU-CO 131/11. 16.11.2011. URL: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/126037.pdf [29.01.2014].
- Europäischer Rat (2013): Council closes excessive deficit procedures for Italy, Latvia, Lithuania, Hungary and Romania. 11230/13. 21.06.2013. URL: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/137561.pdf [29.01.2014].
- EUROPP: The Eurozone crisis has increased soft Euroscepticism in Greece, where Greeks wish to remain in the euro, but no longer trust the EU. 02.03.2013. URL: <http://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2013/03/02/greece-euroscepticism> [29.01.2014].
- Fligstein, Neil et al. (2012): European Integration, Nationalism and European Identity. In: *Journal of Common Market Studies* 50/S1. 2012. 106-122.
- Flood, Chris (2009): Dimensions of Euroscepticism. In: *Journal of Common Market Studies* 47/4. 2009. 911-917.
- Gabel, Matthew/Palmer, Harvey D. (1995): Understanding Variation in Public Support for European Integration. In: *European Journal of Political Research* 27. 1995. 3-19.
- Gabel, Matthew (1998): Public Support for European Integration: An Empirical Test of Five Theories. In: *The Journal of Politics* 60/2. 1998. 333-354.
- Gaxie, Daniel et al. (Hrsg.) (2011): *Das Europa der Europäer*. Bielefeld: transcript.
- Gaxie, Daniel (2011): Typen der Grundeinstellung zu Europa. In: Gaxie et al. (2011): 63-95.
- Haas, Ernst B. (2004 [1958]): *The Uniting of Europe*. Notre Dame: Notre Dame Press.
- Habermas, Jürgen (1995): Citizenship and National Identity: Some Reflections on the Future of Europe. In: Beiner (1995): 255-281.
- Harmsen, Robert/Spiering, Menno (2004): Introduction: Euroscepticism and the Evolution of European Political Debate. In: dies. (2004): 13-35.
- Harmsen, Robert/Spiering, Menno (Hrsg.) (2004): *Party Politics, National Identity and European Integration*. *European Studies* 20. Amsterdam/New York: Rodopi.
- Henjak, Andrija et al. (2012): Support for European Integration. In: Sanders et al. (2012.): 169-211.
- Hix, Simon/Høyland, Bjørn (2011): *The political System of the European Union*. New York: Palgrave Macmillan.
- Hooghe, Liesbet/Marks, Gary (2005): Calculation, Community and Cues: Public Opinion on European Integration. In: *European Union Politics* 6/4. 2005. 419-443.
- Hooghe, Liesbet/Marks, Gary (2009): A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus. In: *British Journal of Political Science* 39/01. Jan 2009. 1-23.
- Illing, Falk (2013): *Die Eurokrise. Analyse der europäischen Strukturkrise*. Wiebach: Springer VS.
- Inglehart, Ronald (1970): Cognitive Mobilization and European Identity. In: *Comparative Politics* 3/1. Oct 1970. 45-70.
- Inglehart, Ronald (1977): Long Term Trends in Mass Support for European Integration. In: *Government and Opposition* 12/2. Jul 1977. 150-177.
- Isernia, Pierangelo (2005): L'Europa vista dagli italiani: vent'anni dopo. In: Cotta et al. (2005): 223-276.

- Internationaler Währungsfond (2013): IMF Country Report No. 13/298: Italy. September 2013. URL: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2013/cr13298.pdf> [29.01.2014].
- Jansen, Christian (2007): Italien seit 1945. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Jaumotte, Florence/Sodsriwiboon, Piyaporn (2010): Current Account Imbalances in the Southern Euro Area. IMF Working Paper 10/139. URL: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2010/wp10139.pdf> [05.02.2014].
- Koff, Sondra Z./Koff, Stephen P. (2000): Italy: From the First to the Second Republic. London [u.a.]: Routledge.
- Kopecký, Petr/Mudde, Cas (2002): The Two Sides of Euroscepticism: Party Positions on European Integration in East Central Europe. In: *European Union Politics* 3/3. 2002. 297-326.
- Kriesi, Hans-Peter (2012): The Political Consequences of the Financial and Economic Crisis in Europe. In: *Swiss Political Review* 18/4. 2012. 518-522.
- Laumen, Anne/Maurer, Andreas (2006): Jenseits des "Permissive Consensus". Bevölkerungsorientierungen gegenüber Europäischer Integration im Wandel. Stiftung Wissenschaft und Politik. Diskussionspapier (Forschungsgruppe EU-Integration).
- Lielieveldt, Herman/Princen, Sebastian (2011): *The Politics of the European Union*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Lewis-Beck, Michael S./Stegmaier, Mary (2007): Economic Models of Voting. In: Dalton/Klingemann (2007): 518-537.
- Lindberg, Leon N./Scheingold, Stuart A. (1970): *Europe's Would-be Polity: Patterns of Change in the European Community*. Englewood Cliffs, NJ: Prentice-Hall.
- Masala, Carlo (2012): Italienische Außen- und Sicherheitspolitik. In: Rörig et al. (2012): 288-302.
- Maslow, Abraham (1943): A Theory of Human Motivation. In: *Psychological Review*. 50. 1943. 370-396.
- Mayer, Thomas et al. (2011): Makroökonomische Ungleichgewichte in der EWU und das Eurosystem. ifo Schnelldienst 16/2011: Die europäische Zahlungsbilanzkrise. 31-38.
- McLaren, Lauren (2002): Public Support for the European Union: Cost/Benefit Analysis or Perceived Cultural Threat? In: *Journal of Politics* 64. 2002. 551-566.
- Oberkirch, Thomas/Schild, Joachim (2010): Wachsender Euroskeptizismus – Anatomie eines Phänomens. In: *Arbeitspapiere zur Europäischen Integration*. Universität Trier und Europäische Akademie Otzenhausen gGmbH. Nr. 6. Dezember 2010.
- Oxford English Dictionary Online: "Eurosceptic Euroskeptic, n. and adj."
- Partridge, Hilary (1998): *Italian Politics Today*. Manchester: Manchester University Press.
- Quaglia, Lucia (2003): Euroscepticism in Italy and Centre-Right and Right Wing Political Parties. *Opposing Europe Research Networking Paper No. 10*. Sussex European Institute.
- Quaglia, Lucia (2012): 'The Ebb and Flow' of Euroscepticism in Italy. In: Verney (2012): 31-50.
- Radbruch, Hans Eberhard (1998): *Italien, Mitteleuropa und der EURO: Grundlagen und Perspektiven der italienischen Außenpolitik*. Baden-Baden: Nomos.
- Risse, Thomas (2010): *A Community of Europeans? Transnational Identities and Public Spheres*. Ithaca, NY [u.a.]: Cornell University Press.
- Rörig, Karoline et al. (2012): *Länderbericht Italien*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Roth, Felix et al. (2013): Crisis and Trust in National and European Union Institutions — Panel Evidence for the EU, 1999 to 2012. *EUI Working Papers RSCAS 2013/31*.
- Rovny, Jan (2004): Conceptualising Party-based Euroscepticism: Magnitude and Motivations. In: *Collegium*, Jg. 29. 2004. 31-47.

- Sanchez-Cuenca, Ignazio (2000): The Political Basis of Support for European Integration. In: *European Union Politics* Vol. 1/2. 2000. 147-171.
- Sanders, David et al. (Hrsg.) (2012): *Citizens and the European Polity: Mass Attitudes Towards the European and National Politics*. Oxford: Oxford University Press.
- Schimmelfennig, Frank (2012): Zwischen Neo- und Postfunktionalismus: Die Integrationstheorien und die Eurokrise. In: *Politische Vierteljahresschrift* 2012/3. 394-413.
- Schmidt, Vivien/Gualmini, Elisabetta (2013): The political sources of Italy's economic problems: Between opportunistic political leadership and pragmatic, technocratic leadership. In: *Comparative European Politics* Vol. 11/3. 2013. 360-382.
- Sericchio, Fabio (2012): Italian Citizens and Europe: Explaining the Growth of Euroscepticism. In: *Bulletin of Italian Politics* Vol. 4/1. 2012. 115-134.
- Sericchio, Fabio et al. (2013): Euroscepticism and the Global Financial Crisis. In: *Journal of Common Market Studies* Vol. 51/1. 2013. 51-64.
- Sitter, Nick (2002): *Opposing Europe: Euro-Scepticism, Opposition and Party Competition*. Opposing Europe Research Networking Paper No. 9. Sussex European Institute. October 2002.
- Smismans, Stijn (2013): Democracy and Legitimacy in the European Union. In: Cini/Peréz-Solórzano Borragán (2013): 341-353.
- Spinelli, Altiero/ Rossi, Ernesto (1981): *Il Manifesto di Ventotene*. Roma: Associazione italiana per il Consiglio dei Comuni d'Europa (AICCE). Centro italiano di Formazione europea (CIFE). Movimento federalista europeo (MFE). 53-74.
- Szczerbiak, Aleks/Taggart, Paul (2000): *Opposing Europe: Party Systems and Opposition to the Union, the Euro and Europeanisation*. Opposing Europe Research Networking Paper No. 1. Sussex European Institute. October 2000.
- Szczerbiak, Aleks/Taggart, Paul (2003): *Theorising party-based Euroscepticism: Problems of Definition, Measurement and Causality*. European Party Elections and Referendums Network Working Paper No. 12. October 2003.
- Taggart, Paul (1998): A touchstone of dissent: Euroscepticism in contemporary Western European party systems. In: *European Journal of Political Research* 33. 1998. 363-388.
- Taggart, Paul/Szczerbiak, Aleks (2013): Coming from the Cold? Euroscepticism, Government Participation and Party Positions on Europe. In: *Journal of Common Market Studies* Vol. 51/1. 2013. 17-37.
- Telò, Mario (2013): Italy's interaction with the European project, from the First to the Second Republic: Continuity and change. In: *Comparative European Politics* Vol. 11/3. 2013. 296-316.
- Thomas, Brigitta (2005): *Die Europa-Politik Italiens: Der Beitrag Italiens zur europäischen Einigung zwischen EVG und EG*. Baden-Baden: Nomos.
- Tiemann, Guido et al. (2011): *Die EU und ihre Bürger*, Wien: UTB facultas.
- Triandafyllidou, Anna (2008): Popular Perceptions of Europe and the Nation: the case of Italy. In: *Nations and Nationalism* 14/2. 2008. 261-282.
- Usherwood, Simon/Startin, Nick (2013): Euroscepticism as a Persistent Phenomenon. In: *Journal of Common Market Studies* Vol. 51/1. 2013. 1-16.
- Verney, Susannah (Hrsg.) (2012): *Euroscepticism in Southern Europe: A Diachronic Perspective*. London: Routledge.
- Verney, Susannah (2012): Euroscepticism in Southern Europe: A Diachronic Perspective. In: dies. (2012.): 1-30.
- Wahlen, Anna (2008): *Euroskeptizismus Ursachen und Ausprägungen: Eine Analyse am Beispiel einer Umfrage unter Universitätsangehörigen*. Universität Osnabrück. Master-Studienarbeit.

Woller, Hans (2011): Geschichte Italiens im 20. Jahrhundert. München: C.H. Beck.

Anhang

Netto-Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft in der EWG/EG/EU und Italien, 1973-2011, eigene Darstellung,
Quelle: Eurobarometer.

Die Mitgliedschaft in der EU ist eine...?		EWG/EG/EU					Italien				
		Gute Sache	Schlechte Sache	Weder gut noch schlecht	Weiß nicht	Netto-Zust.	Gute Sache	Schlechte Sache	Weder gut noch schlecht	Weiß nicht	Netto-Zust.
1973		56	11	20	13	45	69	2	15	14	67
1974	EB 1	59	14	18	9	45	77	5	9	9	72
1974	EB 2	60	14	18	8	46	82	3	11	4	79
1975	EB 3	59	9	23	9	50	71	3	21	5	68
1975	EB 4	63	9	21	7	54	75	4	16	5	71
1976	EB 5	53	14	24	9	39	63	6	20	11	57
1976	EB 6	55	13	25	7	42	68	5	16	11	63
1977	EB 7	57	14	21	8	43	71	5	18	6	66
1977	EB 8	56	14	23	7	42	70	5	18	7	65
1978	EB 9	53	13	24	10	40	65	5	18	12	60
1978	EB 10	60	10	22	8	50	73	3	16	8	70
1979	EB 11	59	12	21	8	47	78	2	14	6	76
1979	EB 12	58	12	23	7	46	75	2	17	6	73
1980	EB 13	55	15	22	8	40	74	3	16	7	71
1980	EB 14	53	16	23	8	37	71	5	17	7	66
1981	EB 15	50	17	25	8	33	73	5	19	3	68
1981	EB 16	53	14	26	7	39	70	5	20	4	65
1982	EB 17										
1982	EB 18	52	14	26	8	38	67	5	19	9	62
1983	EB 19	53	13	25	9	40	70	4	18	8	66
1983	EB 20	55	13	24	8	42	76	5	17	2	71
1984	EB 21						70	3	20	7	67
1984	EB 22						72	2	20	6	70
1985	EB 23						72	4	18	6	68
1985	EB 24						78	3	15	4	75

Forts. auf S. 56

Forts. von S. 55

1986	EB 25						74	3	16	7	71
1986	EB 26						79	2	16	3	77
1987	EB 27	60	11	21	8	49	73	3	18	6	70
1987	EB 28	65	8	20	7	57	79	3	15	3	76
1988	EB 29										
1988	EB 30										
1989	EB 31	65	8	21	6	57	79	2	14	5	77
1989	EB 32	65	8	20	7	57	75	5	13	9	70
1990	EB 33										
1990	EB 34										
1991	EB 35	72	6	17	5	66	79	3	13	6	76
1991	EB 36	69	8	17	6	61	78	4	12	5	74
1992	EB 37										
1992	EB 38										
1993	EB 39	60	12	23	5	48	71	6	16	7	65
1993	EB 40	57	13	25	5	44	68	7	18	6	61
1994	EB 41	58	12	24	5	46	70	6	17	8	64
1994	EB 42										
1995	EB 43	56	14	24	6	42	73	6	15	7	67
1995	EB 44										
1996	EB 45	48	17	28	8	31					
1996	EB 46										
1997	EB 47	46	15	30	9	31	62	8	21	8	54
1997	EB 48	49	14	28	8	35	69	6	19	6	63
1998	EB 49	51	12	28	9	39					
1998	EB 50	54	12	26	8	42					
1999	EB 51	48	12	27	12	36					
1999	EB 52	50	12	27	10	38	60	6	25	9	54
2000	EB 53	49	14	27	9	35					
2000	EB 54	50	14	27	9	36					
2001	EB 55	48	13	29	10	35					
2001	EB 56	53	12	28	7	41	64	5	24	6	59

Forts. auf S. 57

Forts. von S. 56

2002	EB 57	53	11	28	8	42					
2002	EB 58	55	10	29	6	45					
2003	EB 59	54	11	27	7	43	64	6	22	9	58
2003	EB 60	48	15	31	6	33	58	10	28	4	48
2004	EB 61	48	17	29	6	31					
2004	EB 62	56	13	28	3	43	57	14	26	3	43
2005	EB 63	54	15	27	4	39	56	16	24	4	40
2005	EB 64	50	16	30	4	34					
2006	EB 65	55	13	28	4	42	56	11	27	6	45
2006	EB 66	53	16	27	4	37	52	14	29	5	38
2007	EB 67	58	13	25	4	45	50	16	28	6	34
2007	EB 68										
2008	EB 69										
2009	EB 70	52	14	29	5	38	39	17	35	9	22
2009	EB 71	53	15	28	4	38	48	16	30	6	32
2010	EB 72	53	15	28	4	38	49	13	32	6	36
2010	EB 73	49	18	29	4	31	48	17	31	4	31
2011	EB 74										
2011	EB 75	47	18	31	4	29	41	17	36	6	24

Bruttoschuld des Staates in % des BIP, eigene Darstellung, Quelle: Eurostat BIP.

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Italien	120,9	120,2	117,5	114,3	113,1	108,6	108,3	105,4	104,1
Euroraum	72	73,7	73,2	72,8	71,7	69,2	68,2	68	69,2
	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Italien	103,7	105,7	106,3	103,3	106,1	116,4	119,3	120,7	127,0
Euroraum	69,7	70,3	68,6	66,4	70,2	80	85,4	87,3	90,6

Veränderung der Haltung zur EU in Italien seit 2003, eigene Darstellung, Quelle: Eurobarometer, Pew Research Center 2012.

	<i>2003</i>		<i>2004</i>		<i>2005</i>		<i>2006</i>		<i>2007</i>	
	<i>EB 59</i>	<i>EB 60</i>	<i>EB 61</i>	<i>EB 62</i>	<i>EB 63</i>	<i>EB 64</i>	<i>EB 65</i>	<i>EB 66</i>	<i>EB 67</i>	<i>EB 68</i>
EU-Mitgliedschaft ist eine gute Sache	64	58	54	57	56	50	56	52	51	50
EU-Mitgliedschaft ist eine schlechte Sache	6	10	13	14	16	17	11	14	14	16
EU-Mitgliedschaft ist weder gut noch schlecht	22	28	27	26	24	28	27	29	29	28
Positives Bild von der EU		60	58	64	63	56	68	56	58	55
Negatives Bild von der EU		10	14	8	10	11	5	11	8	10
Neutrales Bild von der EU		26	25	27	25	29	25	31	32	32
Vertrauen in die EU		57	54	56	56	55	56	48	58	43
Kein Vertrauen in die EU		25	27	27	33	32	28	36	28	32
EU entwickelt sich in die falsche Richtung							23	31		29
EU entwickelt sich in die richtige Richtung							33	29		26

Forts. auf S. 59

Forts. von S. 58

	<i>2008</i>		<i>2009</i>		<i>2010</i>		<i>2011</i>		<i>2012</i>		<i>2013</i>	
	<i>EB 69</i>	<i>EB 70</i>	<i>EB 71</i>	<i>EB 72</i>	<i>EB 73</i>	<i>EB 74</i>	<i>EB 75</i>	<i>EB 76</i>	<i>EB 77</i>	<i>EB 78</i>	<i>EB 79</i>	<i>EB 80</i>
EU-Mitgliedschaft ist eine gute Sache	39	40	48	49	48		41			40*		
EU-Mitgliedschaft ist eine schlechte Sache	17	15	16	13	17		17			19*		
EU-Mitgliedschaft ist weder gut noch schlecht	35	37	30	32	31		36			33*		
Positives Bild von der EU	49	46	56	58	50	53	49	42	30	34	32	26
Negatives Bild von der EU	12	16	10	11	12	12	14	21	29	26	24	34
Neutrales Bild von der EU	36	35	32	29	35	33	35	35	40	38	41	38
Vertrauen in die EU	40	41	48	52	42	47	42	32	22	31	25	23
Kein Vertrauen in die EU	38	47	36	32	41	38	40	49	62	53	61	62
EU entwickelt sich in die falsche Richtung	30	39	36	29	34	40	42	48	55	50	46	55
EU entwickelt sich in die richtige Richtung	26	20	29	31	26	25	23	13	11	17	15	14

* Daten vom Pew Research Center (2012).

Vertrauen in politische Institutionen in Italien und der EU zwischen 2003 und 2013 in %, eigene Darstellung, Daten: Eurobarometer.

	<i>2003</i>	<i>2004</i>		<i>2005</i>		<i>2006</i>		<i>2007</i>		<i>2008</i>
	<i>EB 60</i>	<i>EB 61</i>	<i>EB 62</i>	<i>EB 63</i>	<i>EB 64</i>	<i>EB 65</i>	<i>EB 66</i>	<i>EB 67</i>	<i>EB 68</i>	<i>EB 69</i>
Nationale Regierung										
Vertrauen	27	26	28	29	32	34	29	37	23	15
kein Vertrauen	62	63	62	64	60	53	60	53	65	75
Netto-Vertrauen (I/EU)	-35/-29	-37/-31	-34/-26	-35/-33	-28/-31	-19/-24	-31/-32	-16/-12	-42/-25	-60/-30
Nationales Parlament										
Vertrauen	33	32	31	35	37	40	31	39	25	16
kein Vertrauen	53	53	59	55	55	47	57	51	63	73
Netto-Vertrauen (I/EU)	-20/-18	-21/-19	-28/-17	-20/-22	-18/-21	-7/-16	-26/-25	-12/-7	-38/-21	-57/-24
Europäische Kommission										
Vertrauen	60	63	60	60	57	60	52	56	50	48
Kein Vertrauen	17	19	19	19	25	15	29	23	24	18
Netto-Vertrauen (I/EU)	43/18	44/18	41/25	41/15	32/13	45/18	23/17	33/25	26/24	30/20
Europäisches Parlament										
Vertrauen	69	58	63	66	61	65	56	60	53	51
Kein Vertrauen	16	19	20	19	26	15	29	21	25	22
Netto-Vertrauen (I/EU)	53/27	39/25	43/31	47/21	35/17	50/22	27/20	39/28	28/28	29/25

Forts. auf S. 61

Forts. von S. 60

	2008	2009		2010		2011		2012		2013	
	EB 70	EB 71	EB 72	EB 73	EB 74	EB 75	EB 76	EB 77	EB 78	EB 79	EB 80
Nationale Regierung											
Vertrauen	26	25	26	25	23	24	12	11	17	11	10
kein Vertrauen	67	67	65	64	70	65	80	79	77	82	82
Netto-Vertrauen (I/EU)	-41/-27	-42/-31	-39/-36	-39/-37	-47/-39	-41/-29	-68/-46	-68/-39	-60/-41	-71	-72
Nationales Parlament											
Vertrauen	27	27	27	26	26	26	14	8	11	12	10
kein Vertrauen	65	65	63	62	65	63	76	84	82	81	81
Netto-Vertrauen (I/EU)	-38/-24	-38/-29	-36/-33	-36/-31	-39/-31	-37/-27	-62/-39	-76/-38	-71/-38	-69	-71
Europäische Kommission											
Vertrauen	49	50	51	49	51	44	40	32	40	35	32
Kein Vertrauen	29	31	26	29	30	34	38	48	42	45	51
Netto-Vertrauen (I/EU)	20/17	19/10	25/14	20/9	21/8	10/3	2/-7	-16/-10	-2/-4	-10	-19
Europäisches Parlament											
Vertrauen	53	53	54	53	55	51	45	35	43	41	36
Kein Vertrauen	29	32	27	31	30	32	37	49	42	44	50
Netto-Vertrauen (I/EU)	24/20	21/12	27/17	22/11	25/11	19/7	8/-4	-14/-6	1/-1	-3	-14
Spanien (ES)/ Griechenland (GR)											
Nationale Regierung Netto-Vertrauen (ES/GR)		-27/-50	-39/-10	-56/-48	-53/-55	-47/-67	-64/-82	-70/-85	-75/-84	-83	-80
Nationales Parlament Netto-Vertrauen (ES/GR)		-29/-34	-37/-5	-50/-53	-47/-49	-50/-65	-55/-74	-71/-74	-76/-80	-82	-80
Vertrauen in nat. Institutionen (ES/GR)		-28/-42	-38/-7,5	-53/-50,5	-50/-52	-48,5/-66	-59,5/-78	-70,5/-79,5	-75,5/-82	-82,5	-80

